



KONFLIKTE IM SAHEL – ZWISCHEN AUFRUHR UND GEGENWEHR

IN ACTION

Demonstrationsfreiheit in Gefahr

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Ausbeutung für Daten

ISRAEL - PALÄSTINA

Die schwierige Zeit danach

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



DAS RECHT AUF PROTEST VERTEIDIGEN AUCH IN DER SCHWEIZ!

PROTECT
THE PROTEST



Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind grundlegende Menschenrechte und zentrale Pfeiler der Demokratie. Das Recht auf Protest kommt jedoch weltweit immer stärker unter Druck. Auch in der Schweiz. Darum:

Nein zur SVP-Initiative und zum Gegenvorschlag
in der Abstimmung am 3. März in Zürich
amnesty.ch/demonstrationsfreiheit

Nationaler Appell für die Demonstrationsfreiheit
demonstrationsfreiheit.ch



JETZT ABSTIMMEN!

JETZT UNTERZEICHNEN!

EDITORIAL



Der Konflikt zwischen Israel und der Hamas, der sich auf die gesamte Region auszuweiten droht, der andauernde Krieg in der Ukraine mit täglich neuen Opfern... Jeden Tag erreichen uns schlimme Nachrichten zu diesen Krisen. Sie berühren uns unter anderem deshalb besonders, weil sie nicht allzu weit von uns stattfinden.

Vergessen gehen dabei oft die ebenso grausamen Konflikte in anderen Teilen der Welt wie diejenigen im Sahel. In dieser Region bekämpfen sich in einigen Ländern Regierungen und extremistische Milizen. In drei Staaten kam innerhalb von zwei Jahren die Armee an die Macht, die nicht gerade zimperlich mit der Opposition umgeht.

Auch hier gerät die Zivilbevölkerung zwischen die Fronten, wenn sie nicht sogar bewusst zur Zielscheibe wird, um politische Ziele zu erreichen. Man denke an die Mädchen, die Boko Haram in Nigeria

entführt hat und von denen immer noch viele verschwunden sind. An die Dörfer, die angegriffen werden, um die Menschen zu vertreiben, sie auszubeuten oder auch nur, um die Armee zu provozieren.

Verschärft wird die Lage durch wirtschaftliche Krisen und durch den Klimawandel. Einige sehen in einem Anschluss an die Rebellenbewegungen einen Ausweg. Andere im Auswandern. Doch es gibt auch Menschen, die versuchen, der Gewalt und der Misere etwas entgegenzusetzen. Wie die Initiativen in Nigeria, die Ausstiegsprogramme für Mitglieder extremistischer Gruppierungen anbieten. Die Landwirt*innen im Niger, die traditionelle Anbaumethoden wiederbeleben, um die Dürre zu bekämpfen. Oder die Frauenorganisationen, die sich in der Präventionsarbeit gegen Extremismus einsetzen.

Diese Menschen und ihre Engagements sind die Hoffnung für die Region. Sie sollten bei uns sichtbar werden.

Manuela Reimann Graf, verantwortliche Redaktorin

AKTUELL

Good News	4
Nachrichten	6
Aktuell im Bild	8
Brennpunkt	9
Aufstehen! Und organisieren...	

DOSSIER

Konflikte im Sahel	
Zwischen den Fronten	10
Im Griff der Gewalt	12
Der Extremismus beraubt die Menschen ihrer Existenzgrundlagen.	
In der Falle	16
Putsche, Krieg gegen Dschihadist*innen, gescheiterte Interventionen: Die Krise hat viele Ursachen.	
Schwieriger Ausstieg	18
Der steinige Weg ehemaliger Kämpfer*innen zurück in den Alltag.	
Sie fordern den Wandel	20
Wie sich Frauen dem Extremismus entgegenstellen.	
Wachsendes Misstrauen	22
In Benin wird der Dialog zwischen den Religionen schwieriger.	

THEMA

Philippinen – KI	24
Die Zwangsarbeiter*innen hinter der künstlichen Intelligenz	
Ägypten	27
Das Recht auf Lust	
Israel - Palästina	29
Zusammenarbeit statt Spaltung	

KULTUR

Film	33
Grüne Hölle	
Buch	34
Muss man schlucken	

CARTE BLANCHE

Chantal Cavin	35
---------------	----

IN ACTION

Recht auf Protest in der Schweiz	37
Demonstrationsfreiheit in Gefahr	
Inklusions-Initiative	39
Gemeinsam für echte Gleichstellung	



© Keystone/ EPA / Abedin Taherkhaneh

Ein Exemplar der iranischen Tageszeitung «Hammihan» mit der Forderung «Verbietet den Journalismus». Die Zeichnung zeigt die beiden iranischen Journalistinnen Niloufar Hamede und Elahe Mohammadi.



MUTIGE JOURNALISTINNEN FREI

Mitte Januar wurden die preisgekrönten **iranischen Journalistinnen** Elahe Mohammadi und Niloufar Hamede gegen Zahlung einer Kaution aus dem Evin-Gefängnis in Teheran freigelassen. Sie hatten im Jahr 2022 als Erste über den Tod der iranischen Kurdin Jina Mahsa Amini berichtet. Ein Revolutionsgericht in Teheran verurteilte daraufhin Niloufar Hamede zu sieben Jahren und Elahe Mohammadi zu sechs Jahren Gefängnis. Ihnen wurde «Zusammenarbeit mit den USA» und «Verstöße gegen die nationale Sicherheit» vorgeworfen. Die beiden Journalistinnen wurden von der Unesco mit dem Weltpreis für Pressefreiheit ausgezeichnet.

EIN SCHRITT AUF DEM WEG ZUR GLEICHGESCHLECHTLICHEN EHE



2015 wurde in **Thailand** das Gesetz zur Gleichstellung der Geschlechter verabschiedet, das einen rechtlichen Schutz gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung einschliesslich der ungerechten Behandlung von LGBTIQ*-Personen bieten sollte. Das Gesetz erlaubt jedoch immer noch die Diskriminierung von LGBTIQ*-Personen aus religiösen Gründen oder aus Gründen der nationalen Sicherheit. Am 21. Dezember 2023 begann nun das thailändische Parlament ein Gesetzkpaket zu diskutieren, das die gleichgeschlechtliche Ehe legalisieren würde. Die Gesetzesentwürfe müssen mehrere Lesungen und Genehmigungsverfahren durchlaufen, bevor sie in Kraft treten.

YOUTUBE-VIDEO GEGEN KORRUPTION WAR ZULÄSSIG

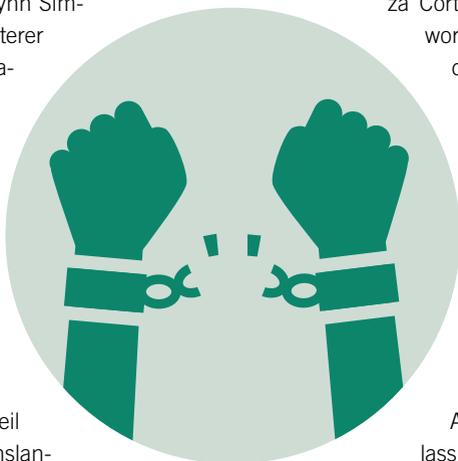


Fatia Maulidiyanti und Haris Azhar hatten in einem Youtube-Video über staatliche Korruption und Menschenrechtsverletzungen in **Westpapua** berichtet. Sie bezogen sich dabei auf eine NGO-

Studie, in der es auch um die Verbindung des Ministers für Meeres- und Investitionsangelegenheiten zu einem Bergbauunternehmen und dessen Verbindungen zum Militär ging. Fatia Maulidiyanti koordinierte bis 2023 die indonesische Menschenrechtsorganisation KontraS. Die beiden Aktivist*innen wurden wegen Ehrverletzung und Verleumdung angeklagt. Am 8. Januar 2024 wurden sie nun vom zuständigen Bezirksgericht in Ost-Jakarta in allen Anklagepunkten freigesprochen. Ihre Kommentare in dem Youtube-Video seien nicht strafbar gewesen und hätten sich innerhalb der legitimen Grenzen der Meinungsäusserung bewegt, so das Gericht.

NACH MEHR ALS 48 JAHREN FREIGESPROCHEN

Keiner sass in den **USA** länger unschuldig hinter Gittern als Glynn Simmons. Simmons und ein weiterer Verdächtiger, Don Roberts, waren 1975 wegen der Ermordung eines Mitarbeiters eines Spirituosengeschäfts bei einem Raubüberfall in der Stadt Edmond zum Tode verurteilt worden. Die Verurteilung hatte lediglich auf der Aussage einer Jugendlichen basiert, über welche später Zweifel aufkamen. Aus dem Todesurteil wurde schliesslich eine lebenslange Haftstrafe. Im Juli 2023 kam der inzwischen 71-Jährige Simmons nach 48 Jahren, einem Monat und 18 Tagen im Gefängnis frei. Am 19. Dezember erfolgte der offizielle Freispruch.



VERLEUMDUNGSKLAGE GEGEN FRAUENRECHTSAKTIVISTIN FALLEN GELASSEN

Die Vorsitzende der Frauenrechtsorganisation Stop Violències, Vanessa Mendoza Cortés, war in **Andorra** wegen Verleumdung strafrechtlich angeklagt worden. Am 17. Januar wurde sie nun freigesprochen. Vanessa Mendoza Cortés hatte auf einer Sitzung des Uno-Ausschusses für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW) Kritik am absoluten Abtreibungsverbot in Andorra geäussert. Daraufhin erhob die Staatsanwaltschaft im Jahr 2020 drei Strafanzeigen wegen Verleumdung, doch nach einem internationalen Aufschrei wurden zwei der Anklagen, die mit Gefängnisstrafen verbunden waren, fallen gelassen.

KORRUPTIONSBEKÄMPFERIN FREIGELASSEN

Am 3. Januar 2024 wurde gerichtlich die Freilassung von Virginia Laparra in Guatemala City angeordnet. Die ehemalige Staatsanwältin der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit war im Dezember 2022 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil sie sich gegen Korruption in **Guatemala** engagiert hatte. 2018 hatte Virginia Laparra ein Verfahren gegen einen Richter eingeleitet, der geheime Informationen über einen Korruptionsfall herausgegeben hatte. Nachdem der Richter gegen Virginia Laparra eine Strafanzeige eingereicht hatte, wurde ein Verfahren gegen sie eingeleitet.



KONZERNVERANTWORTUNG IN DER EU – UND BEI UNS?



Am 14. Dezember einigten sich die EU-Kommission, das EU-Parlament und der EU-Ministerrat auf eine finale Fassung zum Lieferkettengesetz «Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD)», die im Frühling durch die EU-Institutionen noch formell bestätigt wird. Alle **EU-Staaten** müssen die Richtlinie anschliessend innerhalb von zwei Jahren umsetzen. Damit wird ein starkes Signal gesendet: Grosse europäische Konzerne müssen sicherstellen, dass sie Menschenrechts- bzw. Umweltstandards einhalten – und zwar entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Nun ist es dringlich, dass die Schweiz endlich nachzieht. Noch während der Abstimmungskampagne über die Konzernverantwortungsinitiative hatte der Bundesrat mehrmals betont, dass er eine «international koordinierte» Lösung wünscht. Doch statt sein Versprechen aus dem Abstimmungskampf einzuhalten, spielt der Bundesrat bisher auf Zeit.

DAS RECHT AUF WAHRHEIT



Die Regierung in **Irland** hat **Grossbritannien** vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verklagt. Grund ist der sogenannte «Northern Ireland Troubles Legacy Act»: Gemäss diesem britischen Gesetz soll es künftig keine straf- und zivilrechtlichen Prozesse zu Morden und anderem Unrecht aus dem Nordirland-Konflikt mehr geben. Opfer und Opfergruppen sowie Amnesty und anderen Menschenrechtsorganisationen, politische Parteien Nordirlands und die irische Regierung werfen der konservativen Regierung in London vor, damit britische Veteranen vor rechtlichen Konsequenzen schützen zu wollen. Grainne Teggart, die stellvertretende Direktorin von Amnesty International UK für Nordirland, sagte: «Das Recht der Opfer auf Wahrheit, Wiedergutmachung und Gerechtigkeit muss verwirklicht werden. Dies ist wichtig für alle Opfer hier und auf der ganzen Welt, die ebenfalls mit staatlich verordneter Straffreiheit konfrontiert sind.»



Keine Amnestie für Verbrechen: Angehörige der Opfer aus dem Nordirland-Konflikt werfen der britischen Regierung vor, britische Veteran*innen vor rechtlichen Konsequenzen schützen zu wollen.

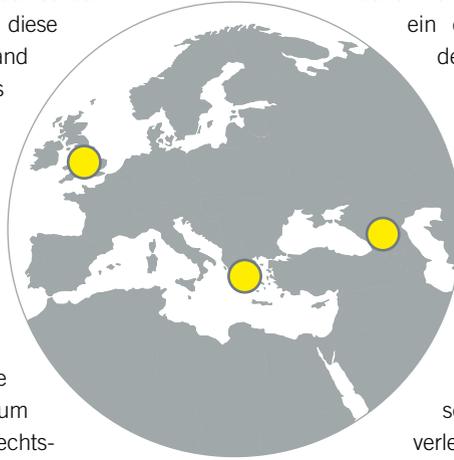
© PA Images / Alamy

«RUANDA-PLAN» VORLÄUFIG GESTOPPT

GROSSBRITANNIEN Der umstrittene «Ruanda-Plan» ist vorläufig auf Eis gelegt. Das Oberhaus des britischen Parlaments forderte zusätzliche Garantien für diesen Migrationsvertrag zwischen London und Kigali, der darauf abzielt, Asylsuchende aus Grossbritannien nach Ruanda abzuschicken. Die Lords unterstützten einen Antrag, demzufolge das Parlament den Pakt erst dann ratifizieren solle, wenn die Regierung nachgewiesen habe, dass Ruanda ein «sicheres» Land sei. Menschenrechtsorganisationen haben den Plan wiederholt als unmenschlich und undurchführbar kritisiert. Im November letzten Jahres entschied der Oberste Gerichtshof des Vereinigten Königreichs, dass diese Politik rechtswidrig sei, da Ruanda nicht als sicheres Land für Geflüchtete betrachtet werden könne. Obwohl das Oberhaus nicht befugt ist, einen internationalen Vertrag aufzuheben, hat diese Entscheidung eine starke symbolische Bedeutung und kann im Falle einer gerichtlichen Klage herangezogen werden.

ILLEGALE PUSHBACKS

GRIECHENLAND Mehr als 2000 illegale Pushbacks in drei Jahren in griechischen Hoheitsgewässern: Diese Zahl veröffentlichte das unabhängige griechische Medium Solomon, das sich auf Recherchen der Menschenrechts-NGO Forensic Architecture stützte. Frontex, die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Aussengrenzen, soll an etwa 100 dieser Zurückweisungen, die gegen das Asylrecht verstossen, beteiligt gewesen sein. Gemäss dem Bericht wurden zwischen März 2020 und März 2023 mehr als 55445 Personen von der griechischen Küstenwache zurückgewiesen. So schleppt die griechische Küstenwache regelmässig Boote mit Geflüchteten in türkische Gewässer zurück oder setzt sie auf Flossen aus. Die griechischen Behörden leugnen die Anwendung von Pushbacks. Jedes Jahr kommen Tausende von Menschen bei Schiffbrüchen im Mittelmeer ums Leben.



EIN SCHRITT IN RICHTUNG FRIEDEN

ARMENIEN Als Zeichen einer Beruhigung im Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan schlug der armenische Premierminister einen Nichtangriffspakt vor, bis ein dauerhaftes Friedensabkommen zwischen den beiden Staaten geschlossen ist. Die Nachbarländer im Kaukasus führen seit 2020 einen Krieg um die abtrünnige Region Bergkarabach. Die mehrheitlich von Armenier*innen bewohnte Enklave wird von der internationalen Gemeinschaft als Teil Aserbaidschans anerkannt, erklärte sich jedoch 1991 bei der Auflösung der Sowjetunion selbst für unabhängig. Amnesty International zufolge wurden dort während der aserbaidschanischen Offensive mehrere Menschenrechtsverletzungen begangen: Die Streitkräfte in Baku unterbrachen die Lieferung humanitärer Hilfe und nahmen willkürlich Aktivist*innen fest. Auch soll es zu Folter an Kriegsgefangenen gekommen sein. Die Übernahme des Gebiets durch Aserbaidschan im September letzten Jahres führte zum Exodus von mehr als 100000 Menschen.



Syrische Geflüchtete auf dem Weg zur griechischen Insel Lesbos.

HINRICHTUNGEN IN SERIE

IRAN Ein düsterer Jahresbeginn im Iran: Am 23. Januar 2023 wurden zwei Demonstranten hingerichtet, darunter Mohammad Ghobadlou, der mir einer psychischen Erkrankung lebte – dies, obwohl laut Völkerrecht und internationalen Standards die Todesstrafe nicht auf Menschen mit psychischen Erkrankungen angewendet werden darf. Vier weitere Männer – Mohammad Faramarzi, Mohsen Mazloum, Vafa Azarbar und Pejman Fatehi – wurden sechs Tage später, am 29. Januar, hingerichtet. Sie waren zunächst mehrere Monate lang Opfer des Verschwindenlassens und wurden dann in einem geheimen Verfahren verurteilt; der Oberste Gerichtshof sprach die Todesstrafe aus. Die Hingerichteten sind kurdischer Abstammung und wurden offenbar durch Folter zu Geständnissen gezwungen. Mehreren weiteren Männern droht weiterhin die Hinrichtung. Der Iran setzt die Todesstrafe als Drohmittel ein, um abweichende Stimmen zum Schweigen zu bringen. Insbesondere Mitglieder ethnischer und religiöser Minderheiten des Landes werden zum Tod verurteilt.



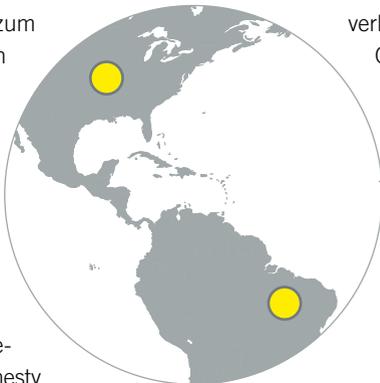
Eine Yanomami mit ihrem Kind in der Regionshauptstadt Boa Vista, in der viele Yanomami Hilfe suchten, nachdem auf ihrem Territorium eine Gesundheitskrise und Hunger ausbrachen.

© Raphael Alves/Keystone/EPA



HINRICHTUNG DURCH ERSTICKEN

USA Am 25. Januar richtete der Bundesstaat Alabama den zum Tode verurteilten Kenneth Eugene Smith mit Stickstoff hin. Es war das erste Mal, dass ein US-Bundesstaat diese Methode anwandte. «Der Tod durch Ersticken gilt als besonders qualvoll», sagt Patrick Walder, Verantwortlicher für den Themenbereich Todesstrafe bei Amnesty



Schweiz. «Für diese Hinrichtungsmethode liegen keinerlei Erfahrungen vor. Diese Form der Hinrichtung könnte der Folter gleichkommen.» Dass die US-amerikanischen Justizbehörden nach neuen Hinrichtungsmethoden suchen müssen, ergibt sich durch die Weigerung europäischer Arzneimittelhersteller, ihre Medikamente zur Tötung von Menschen in US-amerikanische Gefängnisse zu liefern. Seither kann die bisherige Methode der Hinrichtung durch Gift nicht mehr durchgeführt werden. Die Hinrichtung von Kenneth Eugene Smith habe etwa 22 Minuten gedauert, da er noch einige Zeit bei Bewusstsein zu sein schien.

INDIGENE YANOMAMI WEITER GEFÄHRDET

BRASILIEN Illegal arbeitende Goldwäscher*innen haben erneut die Kontrolle über die Yanomami-Reservate übernommen, obwohl sie durch mehrere Militäroperationen aus dem geschützten Gebiet im Amazonas hätten vertrieben werden sollen. Illegale Bergbauaktivitäten auf dem Land der indigenen Yanomami führen zu Menschenrechtsverletzungen und zu Umweltschäden wie einer Wasserverschmutzung mit Quecksilber, die auch die Gesundheit der Einheimischen gefährdet. Die Regierung rief den Notstand aus, nachdem eine schwere Gesundheitskrise und Hunger bei den Yanomami ausbrachen. Die Behörden unter Präsident Lula leiteten eine Untersuchung wegen «versuchten Völkermords» ein und veranlassten die Ausweisung von etwa 20000 illegal arbeitenden Bergleuten. Die indigene Bevölkerung beschuldigt diese, Mitglieder ihrer Gemeinschaft zu vergewaltigen und zu ermorden. Präsident Lula kündigte nun an, dass die Armee dauerhaft und nicht nur vorübergehend in der Region eingesetzt werden solle, um die illegalen Aktivitäten in Amazonien einzudämmen.

50 JAHRE HAFT FÜR MAJESTÄTSBELEIDIGUNG

THAILAND Fünfzig Jahre Haft für Facebook-Einträge, die als Beleidigung der Königsfamilie angesehen wurden: Zu dieser drastischen Strafe wurde der prodemokratische Aktivist Mongkol Thirakot am 18. Januar verurteilt. Laut der Organisation Thai



Lawyers for Human Rights (TLHR) ist dies die längste Haftstrafe, die im Königreich wegen Majestätsbeleidigung je verhängt wurde. Thailand hat eines der repressivsten Gesetze der Welt, was Beleidigungen von Mitgliedern des Königshauses betrifft, und führt seit dem Aufstand der prodemokratischen Bewegung vor drei Jahren einen Kreuzzug gegen die Kritiker*innen von König Rama X. Laut TLHR wurden seit 2020 insgesamt mehr als 250 Personen, darunter auch Minderjährige, wegen Majestätsbeleidigung bestraft.



AKTUELL _ IM BILD

Die Migrant*innen aus dem Süden des amerikanischen Kontinents sind längst zum Spielball im Präsidentschaftswahlkampf in den **Vereinigten Staaten** geworden. Doch seit Anfang des Jahres spitzt sich die Situation an den Grenzen zu Mexiko wieder zu, insbesondere im Streit zwischen Texas und Washington. Anfang Januar ermächtigte Texas seine Nationalgarde erneut, an der Grenze Stacheldraht und Zäune aufzustellen. Die Regierung in Washington DC forderte den Bundesstaat auf, dies umgehend rückgängig zu machen. Derweil warten Tausende Menschen auf der mexikanischen Seite in der Hoffnung, irgendwie in die USA zu gelangen.

AUFSTEHEN! UND ORGANISIEREN...



© André Gottschalk

Patrick Walder,
Kampagnenkoordinator

Was macht uns in dieser von Krisen und Kriegen belasteten Zeit immer wieder Hoffnung? Es sind nicht die Regierungen oder die Parteien, auch nicht die EU oder die Uno. Es sind die Protestbewegungen der Zivilgesellschaft, die immer wieder wichtige Themen auf die globale Agenda setzen. Mutige Menschen, die auf die Strasse gehen, um ihre Rechte und ein Leben in Würde einzufordern. Vom Arabischen Frühling über die Demokratiebewegung in Hongkong bis hin zur Frauenbewegung im Iran. Globale Proteste wie Black Lives Matter oder der Klimastreik. Und aktuell demonstrieren Hunderttausende Menschen in Deutschland gegen Rassismus, Hass und Hetze.

In vielen Ländern werden die Proteste blutig niedergeschlagen, in anderen toleriert oder totgeschwiegen. Die Bedingungen und die Reaktionen der Regierungen unterscheiden sich von Land zu Land. Doch all diese Bewegungen haben etwas Gemeinsames: Sie gehen auf die Strasse, weil sie ihr berechtigtes und dringendes Anliegen an niemanden delegieren können. Nicht an Regierungen oder Konzerne und auch nicht an internationale Institutionen, denn diese versagen allzu oft, wie die eskalierende Klimakrise oder die andauernden Kriege vor unseren Augen zeigen.

Es liegt jetzt an uns – und wir sind alle gefragt. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, ein solidarisches Miteinander zu verteidigen und gegen menschenfeindliche Politik aufzustehen. Denn angesichts der sich verschärfenden Krisen drohen auch eine neue Härte in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, noch mehr Populismus und Gefahren für Demokratie und Menschenrechte.

Deswegen ist das Recht auf Protest heute ein absolut zentrales Menschenrecht. Mit unserer Kampagne «Protect the Protest» verteidigen wir die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, engagieren uns für Aktivist*innen im Iran, die von der Todesstrafe bedroht werden, aber auch gegen

Einschränkungen der Demonstrationenfreiheit in der Schweiz. Wir verteidigen den Raum der Zivilgesellschaft, der weltweit unter Druck gekommen ist – und den wir heute dringend brauchen.

«Wir sind die Brandmauer», heisst einer der Slogans an den Massendemonstrationen in Deutschland gegen Rassismus und die rechtsextreme Partei AfD. Doch aus Bewegungen werden keine Mauern. Bewegungen flammen auf und ebbend ab, sie verschwinden oder werden gar niedergeschlagen.

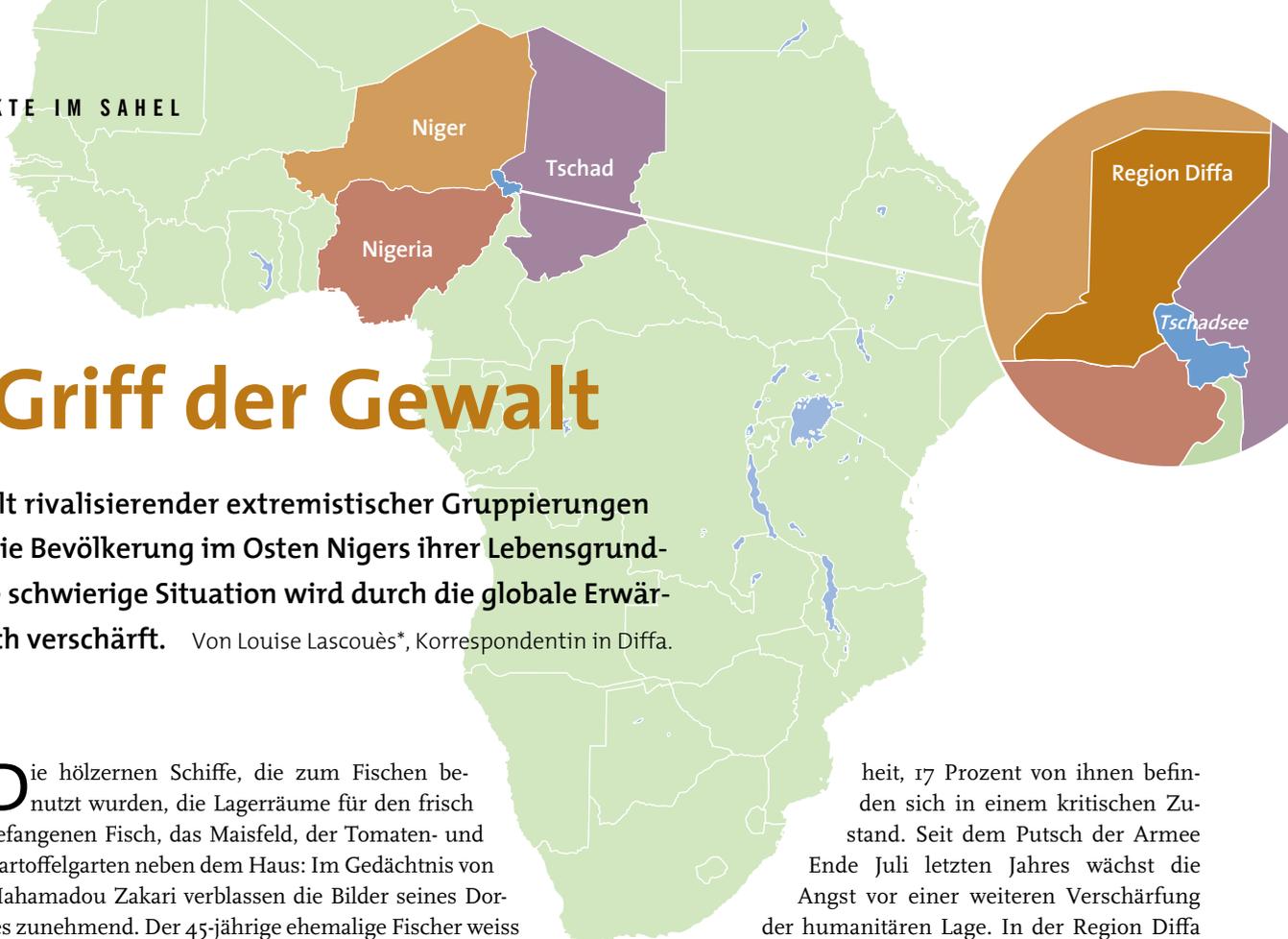
Es wird mehr brauchen als den Protest auf der Strasse. Politische Arbeit und Bildung, Engagement und Strukturen, eine organisierte Zivilgesellschaft. Bewegungen brauchen Organisationen, die ihre Anliegen weitertragen und ihnen Nachdruck verschaffen. Amnesty International ist eine dieser Organisationen. Die Proteste machen Hoffnung und geben uns die Kraft für die weitere Arbeit. |

Zwischen den Fronten

An aerial photograph of a Sahelian landscape. In the background, a village with numerous small, rectangular, mud-brick buildings is situated on a slight rise. Beyond the village, a wide, flat expanse of orange sand dominates the middle ground, dotted with sparse, green acacia trees. In the foreground, several military vehicles, including a large truck and several smaller utility vehicles, are parked on the sand. A few soldiers in camouflage uniforms are visible near the vehicles and walking across the desert. The sky is a clear, pale blue. The overall scene depicts a region of conflict and military presence in a harsh, arid environment.

Die Menschen im Sahel werden durch verschiedene Konflikte, wirtschaftliche Not und durch den Klimawandel vor grosse Herausforderungen gestellt. Regierungsumstürze, die Gewalt extremistischer Bewegungen und die rücksichtslose Reaktion der Sicherheitskräfte, aber auch der Einfluss der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich führen zu Unruhen und Krisen, deren Preis nicht selten die Zivilbevölkerung bezahlt. Doch diese lässt sich nicht einfach unterkriegen und setzt sich zur Wehr.





Im Griff der Gewalt

Die Gewalt rivalisierender extremistischer Gruppierungen beraubt die Bevölkerung im Osten Nigers ihrer Lebensgrundlagen. Die schwierige Situation wird durch die globale Erwärmung noch verschärft. Von Louise Lascouès*, Korrespondentin in Diffa.

Die hölzernen Schiffe, die zum Fischen benutzt wurden, die Lagerräume für den frisch gefangenen Fisch, das Maisfeld, der Tomaten- und Kartoffelgarten neben dem Haus: Im Gedächtnis von Mahamadou Zakari verblassen die Bilder seines Dorfes zunehmend. Der 45-jährige ehemalige Fischer weiss nicht mehr genau, wann er von Kangarwa, der Insel im Tschadsee an der Grenze zwischen Nigeria und Niger, fliehen musste. «Das war vor etwa zehn Jahren», schätzt er. Nicht vergessen hat er den Tag, an dem er «alles verloren» hat, als Mitglieder der extremistischen Gruppierung Boko Haram sein Dorf angriffen und ihn, seine Frau und die dreizehn Kinder vertrieben. Es war an einem Freitag gegen sechs Uhr morgens, das weiss er noch. Es war noch dunkel, als die ersten Schüsse fielen. «Wir rannten los und schwammen durch den See zu einem Boot. Boko Haram hat viele Menschen getötet, sogar Frauen und Kinder. Auch ich habe Verwandte verloren», sagt Mahamadou Zakari.

An diesem Tag seien mindestens 20 Dorfbewohner*innen auf Kangarwa massakriert worden. Kangarwa wurde zu einem Epizentrum der Gewalt von Boko Haram und der Gruppe Islamischer Staat in Westafrika (ISWAP). Nach der Flucht durch den See wurden zwei von Mahamadous Kinder krank und starben – sie waren erst sechs und sieben Jahre alt. Die Familie flüchtete zunächst in das Dorf Baroua in der Nähe des Sees, musste aber einige Monate später wegen eines weiteren Angriffs dschihadistischer Truppen erneut fliehen. Dasselbe wiederholte sich, und 2020 flüchteten sie nach einem erneuten Angriff von Kabléwa in die Gemeinde Mainé-Soroa, rund 100 km weiter westlich.

In Niger, einem der ärmsten Länder der Welt, leiden fast 3 Millionen Menschen unter akuter Ernährungsunsicherheit,

17 Prozent von ihnen befinden sich in einem kritischen Zustand. Seit dem Putsch der Armee Ende Juli letzten Jahres wächst die Angst vor einer weiteren Verschärfung der humanitären Lage. In der Region Diffa im Südosten des Landes, in der sich die meisten Vertriebenen und Geflüchtete befinden, wurden mehr als 200 000 Menschen durch die Gewalt von ihrem Land vertrieben. Auch der Hunger und die Dürre, die die Böden der Wüstenregion weiter austrocknet, haben das Ihrige zur Lage getan. Mehrere Länder der Europäischen Union stellten zudem ihre Entwicklungshilfe ein, die nach Angaben der Weltbank fast 9 Prozent des BIP von Niger ausgemacht hatte. Aufgrund der geschlossenen Grenzen sind Lieferungen von mehr als 9000 Tonnen Lebensmitteln des Welternährungsprogramms (WFP) im Ausland blockiert.

Der schwarze Freitag | Interne Konflikte, extremistische Gewalt und politische Instabilität haben in Verbindung mit Armut und den Folgen des Klimawandels die gesamte Sahel-Region in den letzten Jahren in eine beispiellose humanitäre Krise gestürzt. So mussten seit dem Ausbruch der Krise auch in Mali im Jahr 2012 mehr als fünf Millionen Einwohner*innen aus ihren Häusern fliehen.

Die Terroranschläge in Niger halten an, neben der Bedrohung durch Boko Haram und ISWAP im Südosten sieht sich das Land an der Grenze zu Mali und Burkina Faso nun noch mit einer zweiten dschihadistischen Front konfrontiert, wo Gruppen, die dem Islamischen Staat in der Grossen Sahara (EIGS) und al-Qaida angehören, ihren Einfluss immer weiter ausbauen. Das regierende Militär hat dennoch den Abzug der französischen Truppen aus dem Land gefordert, die ein Schlüsselpartner des Westens im Kampf gegen den Extremismus in der Sahelzone waren.

*Die Arbeit für ein ausländisches Medium in der Sahelzone ist mit erheblichen Sicherheitsrisiken für die Journalist*innen verbunden. Aus diesem Grund wurde diese Reportage unter einem Pseudonym verfasst.

Die am Tschadsee und in der Region Diffa
lebenden Menschen leiden unter der Gewalt
islamistischer Gruppen.

Niger war zunächst lange Zeit von der islamistischen Gruppe Boko Haram verschont geblieben, die seit 2009 im Norden Nigerias aktiv ist. Doch am 6. Februar 2015 kam es zu einem ersten Angriff: An diesem «schwarzen Freitag» führte Boko Haram eine Doppeloffensive gegen die Städte Bosso und Diffa, die Hauptstadt der Region, durch. Mehrere nigrische Armeeangehörige wurden getötet. Der Angriff wurde zurückgeschlagen, löste in der Region jedoch einen grossen Schock aus und markierte den Eintritt Nigers in den Kampf gegen Boko Haram, deren Gewalt keine Grenzen zu kennen scheint. Die Überfälle haben sich seither vervielfacht, es kam zu Selbstmordattentaten und Entführungen. Zurück bleiben verbrannte und geplünderte Dörfer.

Armut als Ursache | 2015 gründeten die Anrainerstaaten des Tschadsees – Niger, Nigeria, Tschad, Kamerun und Benin – eine militärische Koalition, die multinationale gemischte Truppe (Joint Multinational Force, JMF), die aus 8500 Soldaten besteht. In der Folge riefen die nigrischen Behörden zur freiwilligen Kapitulation auf und richteten ein Deradikalisierungs- und Reintegrationsprogramm ein. Hunderte ergaben sich daraufhin.

Zwar haben die Sicherheitsoperationen die islamistischen Gruppierungen geschwächt, doch die Anschläge dauern trotzdem an. Der ISWAP-Zweig ist zur grössten Bedrohung in der Region um den Tschadsee geworden. «Diese Fraktion ist viel besser organisiert und hat logistische Unterstützung aus Mali erhalten. Einige Männer haben trotzdem wieder zu den Waffen gegriffen, auch weil sie keine Arbeit fanden», sagt der Politologe Maman Inoua Elhadji Mahamadou Amadou, der sich auf die Region Diffa spezialisiert hat.

Dutzende Dörfer an den Ufern und auf den Inseln des Tschadsees sind unter die Kontrolle von dschihadistischen Gruppen geraten, die mit Waffengewalt die Scharia, das islamische Recht, durchsetzen. «Die Bewohner*innen müssen Zakat (eine im Namen des Islams erhobene Steuer, Anm. der Red.) auf ihr Vieh und ihre Ernte zahlen», sagt Maman Inoua Elhadji Mahamadou Amadou, der mit ehemaligen Kämpfern sprechen konnte. «Das Tragen von Kopftüchern ist für die Frauen obligatorisch, und das Musizieren ist verboten. Wer verdächtig wird, mit den Behörden zusammenzuarbeiten oder ihnen Informationen zu geben, wird hingerichtet. Diebe werden vor Gericht gestellt und ihre Hände abgehackt.»

Rückkehr beinahe unmöglich | Die Gewalt hat viele Menschen aus den Dörfern am Tschadsee und an den Ufern des Flusses Komadougou Yobé, der Niger und Nigeria voneinander trennt, dazu veranlasst, entlang der Nationalstrasse 1 Zuflucht zu suchen. In Maïné-Soroa, wo sich mehrere von Be-

hörden und humanitären Helfer*innen betriebene Aufnahme- stellen für Binnenvertriebene befinden, gibt es Hunderte von Notunterkünften, meist Strohhöhlen und Zelte aus Planen.

In der kleinen Hütte, in der Mahamadou Zakari mit seiner Familie zusammengedrängt lebt, herrscht noch immer die Angst, dass auch hier Mitglieder von Boko Haram auftauchen könnten. «Wir leben in Angst. Sie haben vor neun Monaten einen unserer Nachbarn aus dem Lager entführt, dann haben sie den Chef des Dorfes nebenan gekidnappt», sagt er. Entführungen gegen Lösegeld, gezielte Tötungen, mit selbst gebauten Minen versehene Strassen... 2019 wurde das Büro der Organisation Médecins Sans Frontières in Maïné-Soroa von bewaffneten Männern angegriffen. Zwischen Juli und Dezember 2023 wurden mehr als 23 000 neue Binnenvertriebene aus den am stärksten von der Gewalt betroffenen Gemeinden (N'Guimi, Bosso, Toumour und Maïné-Soroa) registriert.

Mahamadou Zakari verliert allmählich die Hoffnung, wieder in seinem Dorf leben zu können. «Die Situation wird immer schlimmer. Letztes Jahr wollte ein Bewohner wieder ins Dorf zurückkehren, er wurde von den Terroristen getötet. Boko Haram besetzt weiterhin unser Dorf», sagt er. Der ehemalige Fischer und Landwirt ist nun auf humanitäre Hilfe angewiesen, um sich zu ernähren. Der Familienvater verdient 500 bis 1000 Naira (weniger als 1 Schweizer Franken), indem er Waren auf die Fahrzeuge von Händler*innen lädt. Das ist weit weniger als die 300 000 Naira (290 Schweizer

Mahamadou Zakari und seine Familie mussten mehrmals flüchten und leben jetzt in einem Auffanglager.



© Louise Lascoués



© Louise Lascoués

Alte Methode wiederentdeckt: Mit dem traditionellen Zai wird der Boden verbessert.

Franken), die er in seinem alten Dorf für jede Bootsladung von Fischen verdient hatte. Auch seiner Frau, einer ehemaligen Erdnussverkäuferin, setzt die Lage zu. «Ich habe hier keine Arbeit. Die Kinder müssen drei Kilometer zu Fuss zur Schule gehen, sie sind abends müde und können ihre Lektionen nicht lernen», sagt sie.

Weniger Ressourcen | Überlastete Wasserpumpen, überfüllte Schulen und Gesundheitszentren, besetzte Felder: Der Zustrom von Menschen, die vor der Gewalt fliehen, erhöht den Druck auf die ohnehin geringen natürlichen Ressourcen und die Infrastruktur in der Region. In Digargo in der Nähe von Diffa hat sich in den letzten Jahren die Bevölkerung verfünffacht. «Früher waren wir 2000 Menschen, wir hatten Felder mit Hirse, Sorghum, Bohnen und vielen Bäumen. Fast alles wurde abgeholzt», sagt Brah Boulama Adjin, der Sohn des Dorfchefs von Digargo. Vor acht Jahren fanden die Geflüchteten in den Höfen der Häuser Zuflucht. Später liessen sie sich aus Platzmangel auf den Feldern nieder, die ihnen von der Bevölkerung überlassen wurden. «Wir mussten einen Ort finden, um sie aufzunehmen. Für uns gehören sie zur Familie, und es ist normal, dass wir ihnen helfen. Doch die Situation wird immer schwieriger, wir haben kaum mehr Platz für den Anbau von Getreide, und ich habe Angst, dass es in Zukunft zu Konflikten kommen könnte», sagt Brah Boulama Adjin.

Seit den 1960er-Jahren hat der Tschadsee aufgrund von Übernutzung und aufgrund des Klimawandels 90 Prozent seines Volumens eingebüsst. Von der Verlandung der Seeufer, der Versteppung der Böden, unregelmässigen Regenfällen und verheerenden Überschwemmungen sind in erster Linie die Landwirt*innen betroffen. Die Verknappung der

Ausgetrocknetes Land: Mit kleinen Holzbarrieren sollen die Wanderdünen gebremst werden.



© Louise Larocques

natürlichen Ressourcen verschärft die Spannungen zwischen den Gemeinschaften, insbesondere zwischen Viehzüchter*innen und jenen, die Felder bestellen. In Digargo sind die Akazien- und Wüstendattelbäume fast verschwunden. Auf dem Feld, das er von seinen Grosseltern geerbt hat, zeigt Aboukar Bachthouloum auf die ockerfarbenen Dünen am Horizont. «Früher war das hier ein Wald, es gab Gazellen und Affen. Das alles ist verschwunden», sagt er traurig. «Damals war das Land fruchtbar. Meine Grosseltern konnten 50 Säcke mit je fünfzig Kilo Getreide pro Jahr ernten. Ich kämpfe darum, auf zehn Säcke zu kommen», sagt er.

Das Welternährungsprogramm und Unicef haben ein Projekt ins Leben gerufen, mit dem sie versuchen, den sozialen Zusammenhalt und die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung zu stärken: Die Menschen legen gemeinsam genutzte Gemüseärten an, pflanzen neue Bäume, verbessern die Qualität geschädigter Böden und bekämpfen die Wanderdünen mit kleinen Umzäunungen. Seit drei Jahren versuchen die vom WFP unterstützten Landwirt*innen, das Land durch «Zai» zu regenerieren, eine traditionelle Technik, bei der Löcher gegraben werden, um Wasser zurückzuhalten, und bei der nur organischer Dung verwendet wird. Das Projekt zeigt Wirkung: «Mein Feld hat sich erholt und meine Erträge haben sich verdoppelt», freut sich Aboukar Bachthouloum.

Eine tickende Zeitbombe

Der Extremismus belastet die Wirtschaft der Region Diffa beim Tschadsee, die einst dank dem Handel mit Fisch und Paprikaschoten florierte. Die Bewohner*innen leben seit 2015 im Ausnahmezustand: Die Behörden haben eine Ausgangssperre verhängt, Motorräder verboten und Märkte schliessen lassen, um die Einnahmequellen der extremistischen Gruppierungen auszutrocknen. Nach den ersten Angriffen ordneten sie ausserdem die Evakuierung der Inseln im Tschadsee an, wodurch viele Fischer*innen ihrer Lebensgrundlage beraubt wurden. Es wurde ein Plan für die freiwillige Rückkehr bis 2021 eingeführt, doch die Angst bleibt. Viele Menschen haben keinen Zugang mehr zu ihren Feldern, während in Diffa der Mangel an Arbeitsplätzen einen Teil der Jugend in die Kriminalität treibt. «Wir sehen eine beunruhigende Entwicklung: Gangs von Arbeitslosen, die Drogen nehmen und stehlen und von denen einige beginnen, sich Boko Haram anzuschliessen. Das ist eine tickende Zeitbombe», warnt ein lokaler Behördenvertreter.

Nach dem Staatsstreich im Sommer letzten Jahres hat die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten Sanktionen verhängt, um die Putschist*innen zum Einlenken zu bewegen. Die Grenzen wurden geschlossen, Handelsgeschäfte ausgesetzt und das Staatsvermögen eingefroren. Die Sanktionen ersticken den Niger zunehmend, in dem fast 40 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben und weniger als zwei Schweizer Franken pro Tag erhalten. Die Stromversorgung, die zu 70 Prozent aus Nigeria stammt, fällt

«Früher war das hier ein Wald, es gab Gazellen und Affen. Das alles ist verschwunden.»

Aboukar Bachthouloum

täglich aus, es gibt immer mehr Engpässe bei Medikamenten und Bargeld, die Getreidepreise steigen rasant an. «Die unsichere Lage war schon schwierig genug, aber jetzt ist es für die Menschen sehr hart geworden. Der Preis für einen Sack Reis hat sich fast verdreifacht, Familien müssen Tage ohne Essen verbringen», berichtete ein Journalist in Diffa. Die Nachrichten über den Sturz von Präsident Mohamed Bazoum durch das Militär Ende Juli in der über 1300 Kilometer entfernten Hauptstadt Niamey machten dem jungen Mann – der es vorzieht, sich anonym zu äussern, nachdem er unter Druck gesetzt wurde – grosse Sorgen: «Der jüngste Staatsstreich löst in Niger keine Probleme, im Gegenteil, die Angriffe gehen weiter. Jetzt, da die hohen Militärs in Niamey herrschen, befürchte ich, dass dadurch hier ein Vakuum entsteht, eine Zone, die für Extremist*innen vorteilhaft ist. Und ich fürchte, dass die Armut ihre Reihen auffüllt.»

In der Falle

In der Sahelzone gerät die Zivilbevölkerung in die Mitte des Machtkampfs zwischen dschihadistischen Gruppen und herrschenden Militärs.

Jean-Marie Banderet interviewte zwei Kenner*innen der Region.

Innerhalb von zwei Jahren kam es in Mali, Guinea, Burkina Faso und Niger zum Putsch gegen deren Regierungen. In der Sahelzone gibt es zahlreiche dschihadistische Gruppen, von Boko Haram in Nigeria über Katiba Macina in Mali bis hin zu verschiedenen Fraktionen, die mit dem Islamischen Staat (IS) oder al-Qaida verbündet sind. Frankreich versuchte fast zehn Jahre lang, den Polizisten in der Region zu spielen, musste dann aber abziehen, ohne den Extremismus eingedämmt zu haben. Die Bevölkerung leidet unter der Gewalt aller Seiten.

AMNESTY: Wie lässt sich diese Welle von Staatsstreich in den Ländern erklären?

Yvan Guichaoua: Die Ursachen waren ähnlich: Umstrittene Regierungen waren in einem offenen Konflikt mit dschihadistischen Gruppen, hinzu kam die misslungene militärische Unterstützung aus dem Ausland. Oder anders ausgedrückt: Es war ein Scheitern von Intervention und Staatsversagen der lokalen Regierungen.

Kaum hatten die Putschist*innen die Macht übernommen, traten sie aus der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) aus, lehnten westliche Hilfe zugunsten von Bündnissen mit Russland ab und legten ihre militärischen



Cécile Petidmange hat einen Dokortitel in Anthropologie und Politikwissenschaft und ist Analystin für Afrikastudien.



Yvan Guichaoua ist Spezialist für die Sahelzone und für Sicherheitsfragen sowie Forscher und Dozent für internationale Konflikte an der University of Kent.

Mittel zusammen. Diese Entscheidungen gehen auch mit einer härteren Innenpolitik einher, mit Repressionen gegen die Opposition und gegen die Presse.

Frankreich zog seine letzten Truppen 2022 aus Mali und im Dezember 2023 aus Niger ab. Inwiefern beeinflusste dies die Instabilität in der Region?

Cécile Petidmange: Die französische Militärintervention hat keine Stabilität gebracht. Im Gegenteil, sie hat die dschihadistische Spirale der Gewalt zwischen den Gemeinschaften genährt. Mit Unterstützung der Truppen der französischen Barkhane-Operation haben die lokalen Armeen unzählige Übergriffe begangen. Die französische Intervention als Erfolgsgeschichte zu betrachten, würde heissen, auf die Version des Élysée-Palasts hereinzufallen. Die gesamte Region ist einer Guerillalogik verfallen, die endlose Rache und Vergeltung mit sich bringt.

YG: Im Dreiländereck Mali, Burkina Faso, Niger übernahm der IS die Macht. Das musste die Zivilbevölkerung auf katastrophale Weise mit Massenvertreibungen und zahlreichen Opfern bezahlen. Auf der anderen Seite ignorieren auch die neuen Juntas die Regeln des humanitären Völkerrechts und wenden uneingeschränkt Gewalt an. Sie sehen sowohl sezessionistische Gruppen als auch Dschihadist*innen als Feinde – sie werfen alle in einen Topf. Zivilpersonen, die nicht flüchten können, stecken in der Falle und werden ebenfalls zur Zielscheibe der Regierungstruppen. In Burkina Faso sagen die Behörden sogar: «Wer sich in dschihadistischen Gebieten aufhält, ist Komplize und somit ein legitimes Ziel.» In Mali ist die offizielle Rhetorik nicht so drastisch, aber es gibt Beweise für Übergriffe der Regierungstruppen mit Unterstützung der Wagner-Truppen – der russischen Söldner, die sich seit dem Verschwinden von Jewgeni Prigoschin «Africa Corps» nennen.

Warum ist die französische Militärintervention gescheitert?

CP: Auf die Köpfe einzelner Dschihadisten zu zielen, funktioniert nicht. Die dschihadistischen Gruppierungen sind wie ein tiefes unterirdisches Pflanzengeflecht. Wird ein sichtbarer Kopf des Netzwerks abgeschnitten, wächst an einer anderen Stelle ein neuer nach – noch gefährlicher als der vorherige, weil die Wut über die Tötung seines Vorgängers dazukommt.

Wie lassen sich die verschiedenen dschihadistischen Gruppen voneinander unterscheiden?

YG: Die in Mali, Burkina Faso und im östlichen Niger agierende Groupe de soutien à l'islam et aux musulmans (JNIM) will zwar wie die anderen Gruppen letztendlich ein grosses Kalifat errichten. Doch sie arbeitet nach dem System

von al-Qaida, das heisst, sie versucht sich zunächst mit dem lokalen Umfeld zu arrangieren. Sie zerstört lokale Strukturen nur, wenn es Widerstand gibt.

Die Gruppe Islamischer Staat verfolgt eine weitaus radikalere Strategie: Wer dem IS nicht die Treue schwört, wird liquidiert. Wie im Nahen Osten räumen sie mit den bestehenden Autoritäten auf und vertreiben die Bevölkerung. Sobald sie ihre Macht gefestigt haben, strecken sie den Menschen die Hand aus und bieten eine Rückkehr an, allerdings zu ihren neuen Bedingungen.

CP: Boko Haram wiederum hat Schwierigkeiten, in Niger Fuss zu fassen, vor allem weil sich die religiösen Praktiken, die die Gruppe zu etablieren versucht, zu sehr von denen der Bevölkerung unterscheiden. Die Miliz bleibt daher auf die Gegend um den Tschadsee beschränkt, da die Armut in der Region es ihr ermöglicht, mit dem Versprechen von Jobaussichten und anderen Vorteilen zu rekrutieren.

Wie gelingt es extremistischen Gruppen zu rekrutieren?

CP: Wenn nicht aus wirtschaftlicher Not, dann greifen die Menschen oft zur Selbstverteidigung zur Waffe. Oder sie rächen sich für Diskriminierungen. Dies gilt beispielsweise für die Gemeinschaft der Fulbe, die sich wegen ihrer gesellschaftlichen Stigmatisierung radikalisiert haben. Auch andere Teile der Bevölkerung wehren sich so gegen die Angriffe der Armee, die diese im Namen des «Kampfes gegen den Terrorismus» ausführt.

YG: Wenn der Machtmissbrauch durch die Sicherheitskräfte ein bestimmtes Ausmass überschreitet, wird die Anziehungskraft der Dschihadist*innen enorm: Sich ihnen anzuschliessen, bedeutet, die Gerechtigkeit wiederherzustellen. Dschihadistische Bewegungen nutzen ausserdem soziale Spaltungen und Konflikte für ihren Zweck. Zum Beispiel nutzten sie den Unmut von Hirtengemeinschaften, die sich die hohen Steuern nicht leisten können.

Warum gelingt es nicht, in einen friedlichen Dialog zu treten?

YG: Nach den Staatsstreichen gibt es keinen Dialog zwischen den Militärs und den Islamist*innen. Mit den «Terroristen» Gespräche zu führen, würde als Zugeständnis gelten. Die Militärs behaupten also, nur mit Gewalt reagieren zu können.

CP: Die Behörden im Tschad reagieren auf katastrophale Weise. Nicht nur reagieren sie in erster Linie militärisch, sie versuchen ausserdem, das Land zu entradikalisieren, indem sie sich das Recht nehmen, zwischen «guten» und «schlechten» Muslim*innen zu unterscheiden. Ein Unterfangen, das ebenso unmöglich wie ungeschickt ist, da es die Menschen gegeneinander ausspielt. Der Kampf gegen den Dschihadismus ist für die Machthaber ausserdem eine Einnahmequelle:

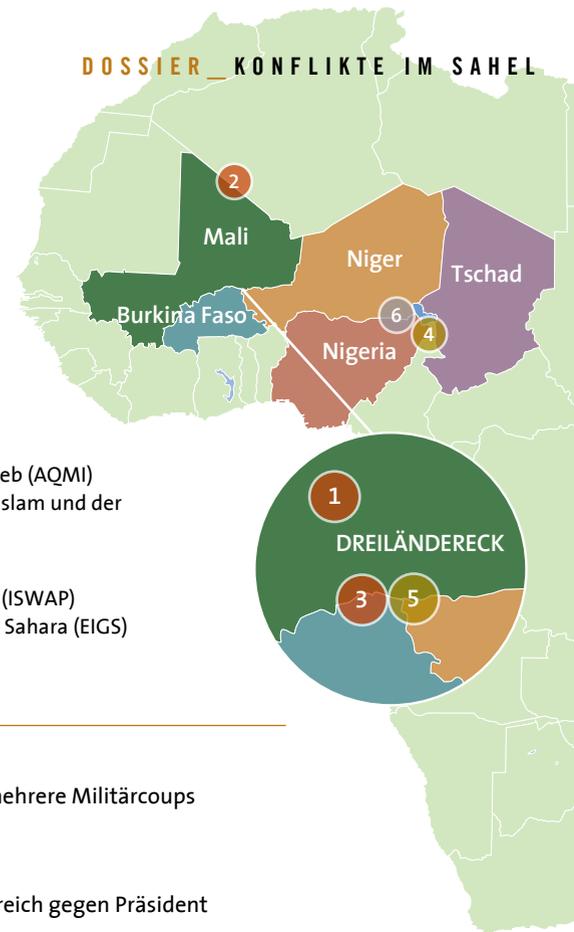
WICHTIGSTE ISLAMISTISCHE GRUPPEN

Mit Verbindungen zu al-Qaida

- 1 Katiba Macina
- 2 Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQMI)
- 3 Gruppe zur Unterstützung des Islam und der Muslime (JNIM)

Mit Verbindungen zum IS

- 4 Islamischer Staat in Westafrika (ISWAP)
- 5 Islamischer Staat in der Grossen Sahara (EIGS)
- 6 Boko Haram



PUTSCHE IN SERIE

Seit 2020 haben in Westafrika mehrere Militärcoups stattgefunden.

18. August 2020: Mali

Teile der Armee putschen erfolgreich gegen Präsident Ibrahim Boubacar Keita.

20. April 2021: Tschad

Der langjährige Machthaber Idriss Déby wird von Rebellen getötet. Ein Militärrat übernimmt die Macht mit Débys Sohn Mahamat an der Spitze.

24. Mai 2021: Mali

Unter der Führung von Oberst Assimi Goïta wird die Übergangsregierung abgesetzt; Offiziere übernehmen die Macht.

24. Januar 2022: Burkina Faso

Die Armee putscht gegen Präsident Roch Marc Christian Kaboré.

30. September 2022: Burkina Faso

Der Übergangspräsident, der seit Januar an der Macht war, wird gestürzt, und Hauptmann Ibrahim Traoré übernimmt die Macht.

26. Juli 2023: Niger

Soldaten der Präsidentengarde entführen den Präsidenten Mohamed Bazoum, während andere Soldaten eine Militärjunta gründen.

Der De-facto-Präsident des Tschads, General Mahamat Idriss Déby, spielt sich als «Polizist der Sahelzone» auf und zielt damit auf internationale Gelder zur Terrorismusbekämpfung. So versucht er auch, seine Position als Präsident des Tschad zu legitimieren. Es gibt schlicht keine auf Dialog basierende Strategie. |

Lesen Sie das ausführliche Interview unter: [amnesty.ch/sahel-interview](https://www.amnesty.ch/sahel-interview)

Schwieriger Ausstieg

Aus Wut auf die Regierung schloss sich Abdu Kasim der extremistischen Gruppierung Boko Haram an. Doch dann bröckelte seine Überzeugung. Er wollte aussteigen – doch der Weg zurück in den Alltag ist steinig. Von Bettina Rühl

Die Wut in der Stimme von Abdu Kasim¹ ist unüberhörbar. Es ist die Wut auf das, was ihm die nigerianische Regierung seiner Darstellung nach vor zwölf Jahren angetan hat. Der nigerianische Zoll habe damals seinen LKW beschlagnahmt, obwohl er nur innerhalb Nigerias unterwegs war. «Fünf Monate lang habe ich alles versucht, um mein Fahrzeug freizubekommen», sagt Kasim. Vergeblich, am Ende hörte er nur noch, sein LKW sei für eine Million Naira (rund 960 Schweizer Franken) versteigert worden.

Was Kasim erzählt, ist mit vernünftigem Aufwand nicht zu überprüfen, plausibel ist es im nigerianischen Kontext durchaus. Mit seinem LKW verlor der Familienvater seine Lebensgrundlage, für einen Neuanfang fehlte ihm das Startkapital. Aus Zorn, aus wirtschaftlicher Not und weil er keinen anderen Ausweg wusste, schloss er sich der extremistischen Rebellengruppe Boko Haram an, die in Nigeria immer wieder schwerste Menschenrechtsverletzungen begeht. «Ich wollte mich an der Regierung rächen und ihr grösstmöglichen Schaden zufügen», sagt Abdu Kasim.

Für Kasim führte dieses eine Erfahrung dazu, dass er sich radikalisierte. Dies ist keine Seltenheit. Laut einer Studie über Rekrutierung und Ausstieg von extremistischen Gruppierungen, die das Uno-Entwicklungsprogramm UNDP Anfang 2023 veröffentlichte, gaben fast die Hälfte der 2200 Interviewten an, sie hätten sich aufgrund eines Schlüsselereignisses radikalisiert und einer extremistischen Gruppe angeschlossen. Für gut 70 Prozent von ihnen bestand dieser «Auslöser» in schweren Menschenrechtsverletzungen durch Regierungs- oder Armeeingehörige. Besonders häufig wurde dabei die Tötung oder die Verhaftung eines Familienmitglieds oder von Freund*innen genannt. Laut der Studie scheinen «staatliche Massnahmen, die mit einer starken Eskalation von Menschenrechtsverletzungen einhergehen, der

wichtigste Faktor zu sein, der Einzelpersonen in Afrika in gewalttätige, extremistische Gruppen treibt.»

Dagegen nannten nur 17 Prozent der Befragten ihre religiöse Überzeugung als wichtige Motivation dafür, sich einer extremistischen Gruppierung anzuschliessen. Ein Viertel aller befragten Männer sagten, sie hätten sich der extremistischen Gruppe in der Hoffnung auf Arbeitsmöglichkeiten angeschlossen. Extremistische Gruppen werben oft damit, ihren Mitgliedern eine Art Sold zu zahlen – ein Versprechen, das meist nicht eingelöst wird.

Zweifel an Boko Haram | Als Kasim sich Boko Haram anschloss, war er völlig überzeugt von deren Mission, die Scharia in ganz Nigeria einzuführen. Bei Boko Haram liess er sich nach der militärischen Grundausbildung zum Sprengstoffexperten ausbilden. «Ich wollte so viel Zerstörung wie möglich anrichten», sagt Abdu Kasim. Seine «Brigade» zielte vor allem auf Armeeingehörige, platzierte Sprengsätze auf Strassen, wenn sie wusste, dass ein Militärkonvoi vorbeifahren würde. Auch Kasernen und andere militärische Ziele standen in ihrem Fokus – aber nicht nur.

An der Massenentführung von 276 Schülerinnen aus einer staatlichen Schule in Chibok im Jahr 2014 habe er sich zwar nicht persönlich beteiligt, sagt Kasim, aber er habe breitwillig Männer aus seiner Einheit zur Verfügung gestellt, «um die Regierung zu provozieren». Das Leid der Mädchen und ihrer Familien nahmen er und seine Mitstreiter in Kauf, um die Regierung blosszustellen und zu beschämen, weil sie die Kinder nicht schützen konnte. Nigerianischen Medien zufolge waren im Dezember 2023 immer noch rund Hundert Schülerinnen in der Gewalt von Boko Haram – fast zehn Jahre nach ihrer Entführung.



Ex-General Abdullahi Ishaq in einem Deradikalisierungslager.

¹Abdu Kasim ist ein Pseudonym, der richtige Name ist der Redaktion bekannt.

Auch wenn Kasim zunächst keine Probleme damit hatte, in seinem Kampf gegen Armee und Regierung auch Zivilist*innen zu treffen, seien ihm mit der Zeit Zweifel gekommen, ob die hohe Zahl der zivilen Opfer mit dem wahren Islam zu vereinbaren sei. «Wir konnten das Elend derjenigen immer weniger übersehen, die vor der Gewalt aus ihren Dörfern fliehen mussten. Frauen und Kinder hatten nach ihrer Flucht nichts zu essen und keinen Platz zum Schlafen.» Als er 2021 von einem Amnestieprogramm der Regierung des Bundesstaats Borno im Norden Nigerias hörte, entschloss sich Kasim zum Ausstieg.

Neue Ansätze gegen Extremismus | Die Regierung des Bundesstaates Borno, dem Epizentrum der Gewalt von Boko Haram, will ehemaligen Mitgliedern die Rückkehr in das zivile Leben vereinfachen: Sie hat im Juli 2021 ein Aussteigerprogramm eingeführt, das ehemaligen Mitgliedern Straffreiheit verspricht, wenn sie sich von der Gruppe lossagen, ihre Waffen oder Sprengstoff abgeben und ein Deradikalisierungsprogramm durchlaufen. Psychologische Unterstützung gehört nicht zum Angebot, dafür aber eine finanzielle Starthilfe für einen Neuanfang ausserhalb der Fänge von Boko Haram.

Der Kopf hinter dem Modell von Borno ist Abdullahi Ishaq. Der ehemalige Brigadegeneral wurde 2021 vom Gouverneur des Bundesstaates Borno, Babagana Zulum, zu seinem speziellen Berater in Sicherheitsfragen ernannt. Nach Jahren des Kriegs gegen Boko Haram ist Ishaq vom Scheitern der militärischen Strategie der Regierung im Kampf gegen den Terrorismus überzeugt: «Mal erklärte die Armee einen Sieg, mal Boko Haram. So ging das immer weiter, während mehr und mehr Menschen starben und die Felder nicht mehr bestellt werden konnten, weil immer mehr Bäuer*innen fliehen mussten.»

Seit dem Beginn des Programms hätten sich schon 140 000 Menschen ergeben, sagt Ishaq. Dabei sind allerdings die Familienmitglieder mitgezählt, die üblicherweise mit den Kämpfer*innen leben. Die Teilnehmer*innen des Programms hätten nach einigen Monaten der Deradikalisierung ein Startpaket bekommen, um ihren Lebensunterhalt im Alltag verdienen zu können, beispielsweise als Bäuer*innen.

Die Sicherheitslage in Borno und vor allem in der Hauptstadt Maiduguri hat sich drastisch verbessert, seit das Ausstei-

gerprogramm im Juli 2021 begann. Der offensichtliche Erfolg des Ansatzes deckt sich mit den Beobachtungen der Studie des Uno-Entwicklungsprogramms UNDP: Der rein militärische Anti-Terror-Ansatz habe seine Grenzen in den vergangenen Jahren deutlich gezeigt, heisst es dort. Demgegenüber motivierten Amnestieprogramme viele Kämpfer*innen zum Ausstieg, besonders wenn sie ohnehin an der Ideologie der Gruppe zweifelten oder von der Miliz enttäuscht seien.

Kasim fühlt sich allerdings nicht nur von der Miliz enttäuscht, sondern einmal mehr auch von der Regierung: Die versprochene Entschädigung für den Sprengstoff, den er abgab, habe er nicht bekommen. Nun fehle ihm das Geld, um einen Laden für KFZ-Ersatzteile zu eröffnen. Abdu Kasim würde sich gerne künftig seinen Lebensunterhalt als Verkäufer verdienen. Doch bis dahin scheint es noch ein langer Weg.

Bettina Rühl ist freiberufliche Journalistin und arbeitet schwerpunktmässig zu Afrika.

© Michael Zumstein/Keystone/Agence VU



Ein ehemaliges Boko-Haram-Mitglied in einem Wiedereingliederungszentrum in Nigeria.

Extremistische Gruppen werben oft damit, ihren Mitgliedern eine Art Sold zu zahlen – ein Versprechen, das meist nicht eingelöst wird.



Sie fordern einen Wandel

© Laura Boushnik/ANYP/Redux/laif

Kleidervorschriften, Zwangsehen, sexualisierte Gewalt: Frauen leiden besonders stark unter der Ausbreitung von extremistischen Gruppierungen in Westafrika. Doch statt aufzugeben, engagieren sie sich aktiv in der Präventionsarbeit. Von Natalie Wenger

Sie kamen in der Dunkelheit. 275 Schülerinnen bereiteten sich am Abend des 14. April 2014 in der Sekundarschule des Dorfes Chibok im nigerianischen Bundesstaat Borno auf ihre Prüfungen vor, als Kämpfer von Boko Haram in das Gebäude eindrangen. Sie gaben sich als Sicherheitspersonal aus und sagten, sie würden für den Schutz der Mädchen sorgen. Die Schülerinnen folgten verängstigt und wurden auf Lastwagen gepfercht. Doch sie wurden nicht in Sicherheit gebracht, sondern in eine Basis der extremistischen Gruppierung Boko Haram im Sambisa-Wald an der Grenze zu Kamerun. 47 Mädchen gelang es, von den Lastern abzuspringen und sich im Gebüsch zu verstecken. Andere kamen in den kommenden zwei Jahren in Austauschaktionen frei. Doch bis heute – 10 Jahre nach dem schwarzen Tag in der Geschichte Nigerias – bleiben noch immer rund Hundert Mädchen verschwunden.

Für die Mädchen, die zu ihren Familien zurückkehren, ist die Welt eine andere. Viele haben in den Händen von Boko Haram Gewalt und Missbrauch erlebt. Einige, die zurückkehrten, hatten inzwischen Kinder geboren. So Rejoice Senki, eine der befreiten Geiseln. Sie erzählte gegenüber der Zeitung taz, wie sie in der Gewalt von Boko Haram mehrfach vergewaltigt, dann zwangsverheiratet und zum Islam zwangskonvertiert wurde. «Sie machen mit dir, was sie wollen», sagte sie.

Nicht alle der freigekommenen Mädchen kehren in die Arme ihrer Eltern zurück: Mehrere Mädchen sollen in der Geiselhaft gestorben sein – einige als Selbstmordattentäterinnen. Tatsächlich hat Boko Haram nach dem 14. April 2014 begonnen, Frauen systematisch für Anschläge zu benutzen – freiwillig oder unter Zwang. Laut der Denkfabrik Council of Foreign Relations wurden zwischen 2014 und 2018 mehr als 450 Frauen und Mädchen eingesetzt, bislang wurden rund zwei Drittel der Anschläge von Boko Haram von Frauen durchgeführt. Laut der International Crisis Groups wurden gerade die jüngeren Frauen zu den Anschlägen gezwungen und dafür teils unter Drogen gesetzt. Boko Haram hält den Einsatz von Frauen für taktisch effizient und pragmatisch, da so männliche Kämpfer für wichtigere Einsätze «geschont» werden.

Relevante Akteur*innen in der Prävention |

Der Fall von Chibok zeigt: Unter der Ausbreitung extremistischer und islamistischer Gruppierungen in der Sahelzone leiden im Besonderen die Frauen. Erste Anzeichen sind Veränderungen in der gesellschaftlichen Einstellung gegenüber Frauen, neue Einschränkungen ihrer Mobilität und Kleidervorschriften, der Ausschluss aus Bildungsinstitutionen und Ämtern oder die Befürwortung von Kinderehen. Solche Be-

Der Extremismus hinterlässt in Nigeria und der Sahelzone viel Zerstörung. Doch die Frauen setzen sich zur Wehr.

schneidungen von Frauenrechten sollten den Behörden Anlass zur Sorge geben – und auch präventive Massnahmen zur Folge haben.

«Frauen werden meist noch sehr wenig in die Debatten über die Bekämpfung von extremistischer Gewalt einbezogen; diese sind geprägt von militärischen Überlegungen», sagt Nicoletta Barbera, Programmverantwortliche für Afrika beim United States Institute of Peace (USIP). Neben militärischen Interventionen, die sich besonders im Sahel oft als kontraproduktiv erwiesen haben, konzentrieren sich die Bemühungen von Regierungen zur Bekämpfung der Radikalisierung in der Regel darauf, mit den überwiegend männlichen politischen und religiösen Anführern zu sprechen. Lokale sozialpolitische Faktoren wie Spannungen über den Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen, Korruption oder Armut werden dabei kaum mitgedacht, obwohl extremistische Gruppierungen diese Missstände oft erfolgreich für ihre Rekrutierung instrumentalisieren.

«Trotz der wichtigen Rolle, die Frauen bei der Verhinderung von Extremismus spielen können, werden sie nur selten als relevante Partner*innen angesehen», sagt Barbera, die bei USIP ein Programm leitet, welches seit 2013 mit vom Extremismus betroffenen Frauen in Nigeria arbeitet und seit 2020 auch in Niger, Burkina Faso und Mali aktiv ist. Frauen wären in ihren Familien und Gemeinschaften oft gut positioniert, um extremistische Narrative im sozialen Umfeld zu bekämpfen. Besonders einflussreich seien insbesondere Mütter bei Jugendlichen, die oft besonders anfällig für Rekrutierungen sind.

Wie wichtig der Einbezug der besonderen Perspektiven von Frauen für eine bessere Informationsbeschaffung und gezieltere Reaktionen auf potenzielle Sicherheitsbedrohungen ist, bekräftigte eine globale Studie der Uno aus dem Jahr 2015: «Frauen müssen auf allen Ebenen eingebunden werden, und es muss Frauen vor Ort ermöglicht werden, ihre Prioritäten und Strategien zur Bekämpfung des Extremismus autonom festzulegen», heisst es da.

«Unser Ziel ist es, Frauen zu wichtigen Akteur*innen in der Sicherheitspolitik zu machen», sagt Nicoletta Barbera. Das Programm der USIP zielt einerseits darauf ab, ein Netzwerk von Frauen aufzubauen, die bei den lokalen Sicherheitsbehörden für ihre Gemeinschaften eintreten. Zudem vermittelt USIP in Partnerschaft mit lokalen Frauenorganisationen Strategien zur Deradikalisierung. «Oft erkennen die Frauen die Anzeichen einer Radikalisierung sehr rasch. Wir bestärken sie darin dass ihre Beobachtungen richtig sind», sagt Barbera. Im direkten Kontakt mit extremismusgefährdeten Personen sei es wichtig, diese nicht auszuschliessen, sondern ihnen einen sicheren Rahmen zu geben, um über ihre Gefühle zu sprechen.

«Die Frauen werden ebenfalls ermutigt, mit den lokalen Behörden Alternativen zu harten Massnahmen wie präventiven Haftstrafen zu suchen.»

Solche Projekte zeigen erste Erfolge: So fanden dank des Programms von USIP im Januar 2023 erste Gespräche zwischen dem NGO-Netzwerk COPEV (Coalition des ONG de Prévention de l'Extrémisme Violent) und der Regierung von Mali statt. Zusammen soll eine Strategie zur Prävention von extremistischer Gewalt entwickelt werden.

Prävention dank Wissen | Bildung

ist ein wichtiger Faktor in der Stärkung der Rolle der Frauen: Der Global Community Engagement and Resilience Fund (GCERF), ein globaler Fonds zur Prävention von gewalttätigem Extremismus, finanzierte mehrere Projekte in der Sahelzone, unter anderem in Mali, Burkina Faso oder in Niger. In Mali nahmen bis August 2023 10 338 Frauen an den Schulungen zur Prävention von gewalttätigem Extremismus und Konflikten teil. Mehrere Frauen waren auch an der Entwicklung von 297 Radiosendungen beteiligt, die in Mali und Burkina Faso auf das Problem der Radikalisierung aufmerksam machten und Alternativen aufzeigten. In Nigeria startete die NGO Women Without Borders 2015 das Projekt «Mother Schools», welches Frauen darüber aufklärt, wie Radikalisierung erkannt und verhindert werden kann und wie sie in ihren Gemeinschaften Friedensprozesse voranbringen können.

Auch die psychologische Betreuung ist wichtig: Die von der Psychologin Fatima Akilu gegründete Neem Foundation hilft ehemaligen Kämpfern und Frauen in Nigeria, die dem Extremismus entkamen, bei der Wiedereingliederung. Mit ihrem Programm betreut sie monatlich rund 1250 Personen, darunter auch Opfer von Entführungen und Überlebende geschlechtspezifischer Gewalt – wie etwa die Mädchen von Chibok.

Zwei der jungen Frauen, die am 14. April 2014 vom Lastwagen sprangen und Boko Haram entkamen, wollen sich aktiv für mehr Frauenrechte und gegen die Radikalisierung einsetzen: Joy Bishara und Lydia Pogu haben vor zwei Jahren ihr Studium in den USA abgeschlossen. Bishara möchte in Chibok eine Hilfsorganisation gründen. Pogu möchte Menschenrechtsanwältin werden, «um den Menschen und den Chibok-Mädchen Gerechtigkeit zu verschaffen», wie sie dem «People»-Magazin gegenüber sagte. «Boko Haram darf nicht länger bestimmen, wie Frauen zu leben haben. Frauen sollten selbst entscheiden können, wie ihr Leben aussieht.» |



© Bonnie Caspi/UP/Alair

Joy Bishara, eine Überlebende des Attentats auf die Schule in Chibok, ist zu einer Fürsprecherin für Frauenrechte in Nigeria geworden. Sie möchte eine Hilfsorganisation in Chibok gründen.

Wachsendes Misstrauen

Lange galt Benin als Paradebeispiel für religiöse Toleranz. Doch der Dialog wird schwieriger. Dabei wäre er wichtig, um der Radikalisierung entgegenzuwirken. Von Katrin Gänslar, Cotonou

Der Vorfall Mitte Dezember im Norden Benin machte deutlich: Die Gewalt islamistischer Bewegungen hat nun auch Benin erreicht. Bei einer Patrouille im Norden unweit der Grenze zum Nachbarland explodierte ein selbst gebauter Sprengsatz. Laut Militärquellen starben zwei Soldaten. Drei Wochen später töteten Sicherheitskräfte im Dorf Tissoua fünf Bewaffnete, wie lokale Medien berichteten.

Klar ist, der Extremismus breitet sich in Benin aus. Laut der NGO ACLED mit Sitz in den USA ist die Lage «turbulent». Das Land liegt auf Platz 43 des Konfliktindexes der Organisation und gehört damit zu den konfliktreichsten Ländern der Welt. Seit Ende 2021 sind extremistische Bewegungen wie die der al-Qaida nahestehenden Gruppe für die Unterstützung des Islams und der Muslime (JNIM) sowie der Islamische Staat in der Grösseren Sahara (EIGS) in Benin aktiv. Betroffen sind auch die nördlichen Regionen der Küstenstaaten Togo, Ghana und Elfenbeinküste.

Die Situation könnte negativ auf das Zusammenleben der Religionen auswirken. Dabei galt Benin lange als sicher und politisch stabil und vor allem beispielhaft für religiöse Toleranz und das interreligiöse Miteinander. Die Hälfte der Bevölkerung bekennt sich zum Christentum. Knapp 28 Prozent sind Muslim*innen, sie leben mehrheitlich im Norden. Rund zwölf Prozent bezeichnen sich offiziell als Anhänger*innen von Voodoo. Tatsächlich praktizieren viele mehr als nur eine Religion.

Die Wiederentdeckung des Voodoo | Doch die Verständigung unter den Religionen könnte schwieriger werden. Radji Saïbou ist für Benin Generalsekretär der internationalen nichtstaatlichen Organisation Religions for Peace und setzt sich für den interreligiösen Dialog ein. Ein Selbstläufer sei der Dialog nicht, man müsse daran arbeiten, sagt er. Bemerkenswert sei vor allem, wie sehr das Interesse an Voodoo steige. Vergangenes Jahr musste sich Jean-Michel Abimbola, Minister für Kultur und Tourismus, während einer Pressekonferenz sogar die Frage gefallen lassen, ob die Regierung Voodoo gegenüber den anderen Religionen bevorzuge. Die

Regierung hatte rund um den 10. Januar – dem offiziellen Feiertag indigener Religionen – erstmals das Festival «Vodun Days» organisiert. Dabei ist Benin eigentlich ein laizistischer Staat.

Während die Wiederentdeckung der alten Religion, die lange als rückständig galt und verpönt war, ein grosses Gesprächsthema ist, wird es um das Zusammenleben zwischen Christ*innen und Muslim*innen stiller. Im Norden hat es stets Freundschaften von Vertreter*innen der beiden Weltreligionen gegeben. In Gogounou etwa hat sich der katholische Priester Denis Kocou regelmässig mit dem Imam in seiner Nachbarschaft, Ibrahim Guerra, getroffen – ein Zeichen für das bisher friedliche Zusammenleben.



Katrin Gänslar ist freie Journalistin in Westafrika.

Doch zu der Frage, wie es mittlerweile darum bestellt ist, will sich niemand äussern. Anfragen bleiben unbeantwortet. «Wir haben weniger Kontakt als bisher», sagt Djelil Yessoufou, der Imam der Zentralmoschee von Aidjèdo, einem Stadtteil in der Wirtschafts- und Hafenmetropole Cotonou. Auch er setzt sich für interreligiöse Debatten und Treffen ein. Gründe für den Rückgang seien jedoch nicht Konflikte und Desinteresse. «Es fehlt uns an finanziellen Mitteln, um Treffen zu organisieren», behauptet er.

In den vergangenen Jahren sind die Menschen insbesondere im Norden vorsichtig geworden. Zur Sicherheitslage und zur Gefahr durch Terrormilizen äussert man sich lieber nicht. Das Misstrauen anderen gegenüber ist gross. Schweigen gilt als Selbstschutz.

Angst verhindert den Dialog | «Die Menschen haben Angst», sagt Djelil Yessoufou. Zwar sind hier, mehrere Hundert Kilometer weiter südlich, die Anschläge noch weit weg, und es gibt kaum Informationen über das, was im Norden passiert. Als Generalsekretär der islamischen Union Be-

nins steht Yessoufou aber mit Imamen und Moschee-Vertretern aus dem ganzen Land in Kontakt und tauscht sich regelmässig mit ihnen aus. «Menschen sorgen sich, weil sich der Extremismus ausbreitet. Es kommt zu Entführungen und Überfällen», sagt er.

Zu einem besonders gewalttätigen Überfall kam es im Mai 2023 im nordwestlich gelegenen Departement Atacora. In den Dörfern Kaobagou und Guimbagou ermordeten Bewaffnete 20 Personen. Vier Monate später zählten die Vereinten Nationen dort knapp 10 000 Binnenvertriebene.

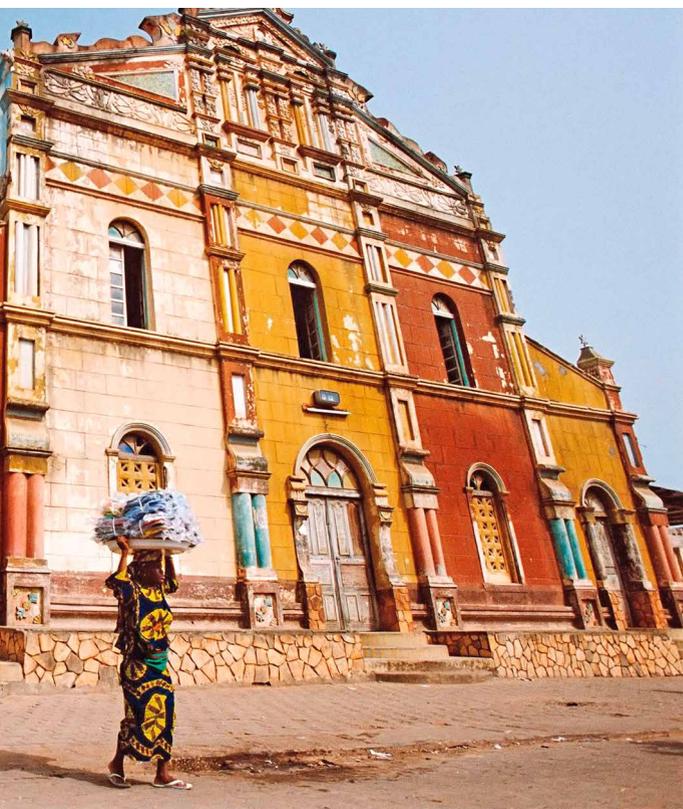
Sichtbar geworden sind die Extremist*innen längst. Zwischen April und September, so heisst es im aktuellen Bericht der niederländischen Denkfabrik Clingendael zur Entwicklung in Benins Norden, haben Augenzeug*innen zufolge Anhänger*innen der Gruppe JNIM Mitte Mai 2023 einer öffentlichen Schule gedroht und deren Schliessung gefordert. JNIM entstand 2017 nach dem Zusammenschluss mehrerer Milizen in Mali, wo ganze Dörfer unter ihrer Kontrolle stehen. Die Bewohner*innen werden dazu gezwungen, sich an eine besonders strikte Auslegung der islamischen Gesetzgebung Scharia zu halten. Generell üben gewaltbereite Islamist*innen in der Region massiven Druck auf Schulen aus.

Es mangelt an Perspektiven | Lange hiess es, dass die Gewalt von aussen ins Land schwappe. Der Clingendael-Bericht zeigt aber, dass es längst eine Überlappung gegeben hat. So haben sich beispielsweise Schmuggler*innen gewaltbereiten extremistischen Gruppen angeschlossen. Und es gibt lokale Konflikte, etwa um den Zugang zu Land.

Wer in Parakou unterwegs ist, hört von vielen, dass sich die Region abgehängt fühlt. Die Stadt liegt im Zentrum Benins, wird aber dem Norden zugerechnet. Seit dem Staatsstreich im Niger im Juli 2023 laufen die Geschäfte schlecht. Aufgrund der geschlossenen Grenzen können Waren nicht mehr ins Nachbarland transportiert werden. Darunter leiden Transportunternehmen, Fahrer, aber auch Frauen, die an den Überlandstrassen stehen und Essen verkaufen. Vor allem junge Menschen klagen, dass es ihnen an Perspektiven fehle. Nach Angaben des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) sind es weniger religiöse Ideologien, sondern mangelnde Jobs, die dafür sorgen, dass sich Menschen extremistischen Bewegungen anschliessen.

Imam Yessoufou setzt auf einen ganzheitlichen Ansatz. Wer über Extremismus spreche, müsse auch über die soziale Komponente reden. Neben Perspektiven für junge Menschen seien Präventionsmassnahmen wichtig. «Wir sind beispielsweise in der Verantwortung, wenn es um die Lehrpläne von Koranschulen geht», sagt er. «Radikale Ideen dürfen auch dort keinen Platz haben.»

Ausdruck des Gemischs der Religionen: Die grosse Moschee in Benins Hauptstadt Porto Novo, gebaut im Stil afro-brasilianischer Kirchen.



© Le Figaro Magazine/lat



Die Zwangsarbeiter*innen hinter der künstlichen Intelligenz

Auf der philippinischen Insel Mindanao «annotieren» unter prekären Arbeitsbedingungen mehrere Zehntausend IT-Arbeiter*innen die Milliarden von Daten, die für die Algorithmen der künstlichen Intelligenz benötigt werden. Text und Bilder von Théophile Simon

Cheiro «annotiert» in seinem Zimmer die Navigationsdaten eines autonomen Fahrzeugs in Kalifornien.

Das fünfstöckige Gebäude an der Ecke der Pabayo Street im Zentrum von Cagayan de Oro, einer Grossstadt im Süden der Philippinen, sieht auf den ersten Blick wie jedes andere aus: Eingeklemmt zwischen zwei anderen baufälligen Gebäuden, hat es eine seelenlose weisse Fassade, von der die Farbe abblättert, und dicke Jalousien, die vor der tropischen Sonne schützen. Für Passant*innen ist es schwer vorstellbar, dass dieses anonyme Gebäude eine Rolle im weltweiten Wettlauf um die künstliche Intelligenz spielt.

Sobald man den Sicherheitsposten am Eingang passiert hat, befindet man sich in einem wahren Bienenhaus. In Dutzende fensterlose Räume, die jeweils durch Digicodes – elektronische Türschlösser mit Zahlencodes – geschützt sind, wurden möglichst viele Computer reingestellt. Mehrere Hundert junge Leute arbeiten hier emsig unter dem strengen Blick der Aufsichtspersonen. Über die Bildschirme laufen lange Reihen von Computercodes, die auf der gegenüberliegenden Seite des Pazifiks vorbereitet wurden – entwickelt in den Büros von Google, Apple, Amazon, OpenAI und anderen multinationalen Unternehmen des Silicon Valley.

Die Informatiker*innen in Cagayan de Oro arbeiten unter Hochdruck: Sie müssen ihren Anteil an Daten so schnell wie möglich analysieren und dann in Software umwandeln. Im Fachjargon werden diese Daten «annotiert»: Relevante Informationen und Metadaten werden in einem Datensatz mit Labels oder Tags versehen, damit Maschinen sie verstehen können. Anschliessend werden die Daten in die USA zurückgeschickt. Denn um ihre Algorithmen trainieren zu können, benötigen die Big-Tech-Konzerne riesige Mengen solcher annotierter Daten. Ohne diese Annotationen würde

ChatGPT nur Unsinn von sich geben, selbstfahrende Autos würden nicht an der roten Ampel anhalten, und die Entwicklung von Smartphones würde stark gebremst werden.

Grosser Datenhunger | Hier in den tristen Räumlichkeiten auf den Philippinen wird Tag und Nacht gearbeitet, sieben Tage in der Woche. «Ich komme von Montag bis Samstag jeweils um sechs hierher, manchmal auch am Sonntag», sagt der 23-jährige Kieffer. Der schlanke junge Mann holte sich gerade ein paar Fleischspiesse auf der gegenüberliegenden Strasse. An seinen Arbeitsplatz zurückkehrt, sagt er: «Wir arbeiten im Dreischichtbetrieb: Eine Schicht arbeitet morgens, eine nachmittags und eine nachts, jeweils mit einer halben Stunde Mittagspause.» Insgesamt sind es rund 1000 Arbeiter*innen, die sich hier abrackern. Im Raum, in dem Kieffer seinen Platz hat, drängen sich etwa 20 seiner Kolleg*innen auf 15 Quadratmetern.

Ein grün-weisses Logo in einer Ecke ihres Bildschirms verrät, wer ihr Arbeitgeber ist: Remotasks, eine Tochtergesellschaft des amerikanischen Start-up-Unternehmens ScaleAI. Das Unternehmen wurde 2016 in San Francisco von Alexandr Wang gegründet, einem Genie des berühmten Massachusetts Institute of Technology. ScaleAI hat sich darauf spezialisiert, weltweit führende KI-Unternehmen mit Daten zu versorgen. Mit finanziellem Erfolg: Bei der letzten Kapitalerhöhung im Jahr 2021 wurde ScaleAI mit fast sieben Milliarden Euro bewertet. Der Markt für Datenannotationen wird sich bis zum Ende des Jahrzehnts voraussichtlich verzehnfachen und auf neun Milliarden US-Dollar ansteigen.

Um den unersättlichen Datenhunger des Silicon Valley zu stillen, hat Remotasks ein Netzwerk von rund 240000 Mitarbeiter*innen in mehreren Ländern des globalen Südens aufgebaut. Ein Grossteil von ihnen lebt in den Philippi-

Théophile Simon ist Journalist im Auslandsressort der «Tribune de Genève» und schreibt für weitere Medien wie Arte, 24Heures, Le Temps und Libération.

nen. Das Herzstück dieses Netzwerks von Mitarbeiter*innen ist eine Online-Plattform, über die die zu annotierenden Daten in alle Ecken der Welt verteilt werden. Jeder dieser «Tasker» – wie sie bei Remotasks genannt werden – wird zunächst in einem Büro wie Cagayan de Oro ausgebildet, bevor er nach Hause zurückkehrt, um aus dem Homeoffice zu arbeiten.

Keine der von Remotasks beschäftigten Personen hat einen Arbeitsvertrag. Die Gehälter werden über den Online-Bezahldienst PayPal ausserhalb des nationalen Bankensystems ausgezahlt. Diese Arbeitsplätze existieren somit rechtlich gar nicht. «Mindestens 10 000 Menschen wurden allein in Cagayan de Oro ausgebildet. Auf dem Papier sind diese Leute unabhängige Subunternehmer*innen. Aber sie haben einen Vorgesetzten, Bürozeiten und sogar Zeitfenster für die Mittagspause. Das ist schlicht und einfach Ausbeutung», sagt ein ehemaliger Remotasks-Manager aus den Philippinen, der selbst Tausende dieser Leute ausgebildet hat, denen nichts übrigbleibt, als zu diesen prekären Arbeitsbedingungen zu arbeiten.

12 Stunden, 7 Tage | Auch der 27-jährige Cheiro ist Teil dieses Heers von billigen Arbeitskräften. Er sitzt in seiner Blechhütte, die in einem der Slums von Cagayan de Oro steht, und starrt auf einen alten Bildschirm: Cheiro untersucht eine Wolke aus Tausenden von Punkten, die auf einer dreidimensionalen Ebene ver-



Junbee und John-Henry arbeiten von einem Internetcafé aus.

streut sind. Er stellt das Ganze einem Foto gegenüber, das in San Francisco vom Armaturenbrett eines fahrenden Autos aufgenommen wurde. Cheiro wählt bestimmte Anhäufungen der Punkte aus und notiert ihre geometrischen Koordinaten in einer Software.

Jeder dieser Punkte bildet die Reflexion des Laserlichts ab, das das selbstfahrende Auto auf seine Umgebung projiziert. «Ich muss die Formen identifizieren, um dem Fahrzeug zu helfen, ein anderes Auto von einem Fussgänger, einen Baum von einem Schild oder ein Tier von einem Gebäude zu unterscheiden. Ich wiederhole diese Aufgabe etwa zwölf Stunden am Tag, sieben Tage die Woche, oft nachts», sagt er. «Wenn ich es richtig verstehe, werden diese Daten eines Tages dazu führen, dass künstliche Intelligenz die Fahrer*innen ersetzt», sagt er.

Unweit von Cheiros Haus sitzen Junbee und John-Henry, zwei Männer in den Zwanzigern, in einem Internetcafé, weil sie keinen eigenen Computer besitzen. Sie arbeiten an Fotos von Lebensmitteln.

«Wir schneiden die Umriss jedes Lebensmittels aus, bevor wir es in Software einspeisen, die dann lernen soll, die Lebensmittel zu identifizieren. Indem wir diese Aufgabe Tausende Male wiederholen, bringen wir der Maschine bei, die Objekte selbstständig zu erkennen. Diese Technologie ist bereits in die neuen iPhones eingebaut», erklärt John-Henry und klickt auf ein Foto von hartgekochten Eiern, die neben Müsliriegeln liegen.

8 Dollar pro Tag | «Ich arbeite seit fast vier Jahren sieben Tage die Woche für Remotasks. Ich verdiene etwa acht Dollar pro Tag, bei zehn bis zwölf Stunden täglicher Arbeit. Das ist weniger als der gesetzliche Mindestlohn. Ich habe null sozialen Schutz, aber ich habe keine andere Wahl. In dieser Ecke der Philippinen gibt es nur sehr wenige Arbeitsplätze», sagt Junbee. «Die andere Möglichkeit wäre, Drogen zu verkaufen. Ich will aber eine Zukunft haben», fügt John-Henry hinzu, dessen Eltern gerade mehrere Jahre wegen Drogenhandels im Gefängnis sassen. Die Arbeiter*innen auf den Philippinen könnten bald ihre Jobs verlieren: Remotasks hat vor kurzem Büros in Nigeria und Venezuela eröffnet, wo die Arbeitskräfte noch billiger sind. Künstliche Intelligenz ist zwar eine neue Technologie, aber die Ausbeutung von Arbeitskräften, die für ihre Entwicklung notwendig sind, ist nichts Neues. |

Bildschirm an Bildschirm, ohne Tageslicht:

Die «Tasker» arbeiten unter prekären Bedingungen.



Das Recht auf Lust

Eine Klinik in Kairo bietet nicht nur gynäkologische Versorgung, sondern leistet auch sexuelle Aufklärung. Denn das Team um Gründerin Nour Emam glaubt, dass die Tabuisierung weiblicher Körper und Sexualität die Gesundheitsrechte von Frauen bedroht. Von Hannah El-Hitami

Wer den eigenen Körper nicht kennt, kann ihn auch nicht gesund halten. Darum beginnt die Behandlung von Patientinnen in der Frauenklinik Motherbeing in Kairo mit einer kleinen Sexualkunde: «Body Basics» heisst das Dokument, das Mädchen und Frauen vor ihrem Besuch in der Praxis zugeschickt bekommen. Es beschreibt den Aufbau der Brust und der Vulva und betont die Vielfalt der Erscheinungsformen: «Alles ist normal, alles ist schön.» Die Broschüre erklärt, wie Eierstöcke und Uterus funktionieren, was die Klitoris ist und dass sie ein viel grösseres Organ ist, als viele denken. Das Dokument soll die Patientinnen ausrüsten mit dem nötigen Wissen, um die richtigen Fragen zu stellen und die Diagnose zu verstehen.

Die Motherbeing Klinik ist anders als andere gynäkologische Praxen in Ägypten und der Region – ja, eigentlich anders als viele frauenärztliche Praxen auf der Welt. Denn hier ist sexuelle Aufklärung fester Bestandteil der Behandlung. Das wichtigste Prinzip der Klinik: Keine Frau wird komisch angeschaut oder verurteilt, weil sie sexuell aktiv, aber unverheiratet ist oder gegen andere konservative Regeln verstösst. Denn, so die Überzeugung bei Motherbeing, viel Unwissen fusst in der Tabuisierung weiblicher Körper und Sexualität.

Die Liste der Irrglauben, denen sich die Klinik entgegenstellt, ist lang: Ein

intakter Hymen beweist Jungfräulichkeit? Falsch. Schmerzhaftes Perioden bedeuten höhere Fruchtbarkeit? Falsch. Wer einmal per Kaiserschnitt geboren hat, muss dabei bleiben? Falsch. «Weil es weder in der Familie noch in der Schule sexuelle Aufklärung gibt, müssen wir Frauen unsere Gesundheit durch jede Menge Vorurteile und Falschinformationen navigieren», sagt die 31-jährige Ägypterin Nour Emam im Video-Call.

Gewalt und Unwissen | Nour Emam war schon immer fasziniert von Schwangerschaft und Geburt. Die studierte Musikerin mit Nasenpiercing und verspielten Tattoos arbeitete jahrelang als DJ und Produzentin – bis die Geburt ihrer Tochter 2019 zum traumatischen Wendepunkt in ihrem Leben wurde. Ohne Grund hätten die Ärzt*innen viel

Viel Unwissen fusst in der Tabuisierung weiblicher Körper und Sexualität.

zu früh die Wehen eingeleitet und dann einen Kaiserschnitt durchgeführt, den Emam eigentlich nicht wollte. Gewalt in der Geburtshilfe gibt es nicht nur in Ägypten, sie ist ein weltweites Phänomen. Falsche Informationen, Unwissen und Scham führen dazu, dass viele Frauen ihre Bedürfnisse bei der Geburt nicht



Eigentlich ist sie Musikerin: Nour Emam setzt sich für die Rechte der Gebärenden ein.

durchsetzen können. Dann kommt es vor, dass Ärzt*innen gegen ihren Willen oder ohne Betäubung Eingriffe vornehmen, die Gebärenden respektlos behandeln oder vernachlässigen.

Wie bei Emam: Obwohl sie sich intensiv auf die Geburt vorbereitet hatte, war sie im entscheidenden Moment macht-

los. Nachdem ihre Tochter zur Welt gekommen war, fiel sie in eine tiefe Depression. Während dieser Zeit stiess sie auf den Beruf der Doula, einer persönlichen Schwangerschafts- und Geburtsbegleiterin. Kurzerhand absolvierte Emam eine Online-Ausbildung in Kanada. Danach begann sie auf Instagram für ihre Arbeit



© Motherbeing

Die Räumlichkeiten der Klinik sind so gestaltet, dass sich die Patientinnen wohlfühlen.

zu werben und sich für die Rechte von Frauen während Schwangerschaft und Geburt starkzumachen. Schnell bemerkte sie, dass viele ihrer Follower*innen keine werdenden Mütter waren, sondern Mädchen und junge Frauen mit Fragen zu ihren Körpern. «Reproduktive Gesundheit ist keine Momentaufnahme, sondern ein Spektrum», wurde Emam klar. «Um eine positive Geburtserfahrung zu haben, muss man vorher aufgeklärt werden», sagt sie. Und so startete sie im ersten Pandemiejahr Online-Kurse zu Menstruation, Sex und Verhütungsmethoden. Ägypten wurde damals gerade von der arabischen MeToo-Bewegung erfasst, nachdem Dutzende junge Frauen in den sozialen Medien sexuelle Übergriffe öffentlich gemacht hatten. «Es ging vor allem um sexuelle Belästigung, aber wir wurden damals zu einer der führenden Stimmen für sexuelle und reproduktive Rechte», erinnert sich Emam.

Einladende Atmosphäre | Drei Jahre nach der Gründung hat Motherbeing mehr als 600 000 Follower*innen auf Instagram. Anfang 2023 wagte Emam den nächsten Schritt und eröffne-

te eine Klinik in Kairo. Dort will sie alles anders machen als konventionelle gynäkologische Praxen. Über die Jahre hat ihr Team die schlechten Erfahrungen von Frauen mit ihren Gynäkolog*innen dokumentiert: Zum Beispiel erklärten diese den Patientinnen die Eingriffe nicht vor Beginn der Behandlung und führten ohne Zustimmung Untersuchungsgeräte ein. Davon wollen die 26 Mitarbeiter*innen von Motherbeing sich abgrenzen. Alle Räume der Klinik sind mit gemütlichen Sofas ausgestattet und in warmen Farben gestaltet. Mit einer

Pflege-Koordinatorin können Patientinnen nach der Untersuchung in Ruhe offene Fragen und weitere Schritte besprechen.

Gesundheitspraxen sind in Ägypten ein knappes Gut. Zugang erhalten vor-

rangig die, die bezahlen. Öffentliche Krankenhäuser sind überfüllt, wer schnell und besser behandelt werden möchte, zahlt privat. Die meisten Ägypterinnen können sich die Behandlung bei Motherbeing nicht leisten: «Wir würden gerne pro bono oder subventionierte Behandlungen anbieten», sagt Klinikdirektorin El-Borollossy. Doch bisher fehlen ihnen die Mittel. Immerhin macht Motherbeing einen Teil ihres Angebots kostenlos auf Instagram zugänglich, indem Informationsvideos gepostet und Fragen beantwortet werden. Zu günstigen Preisen können Frauen online an Kursen teilnehmen, Ratgeber bestellen oder sich beraten lassen.

Diese Online-Sprechstunden ermöglichen auch Patientinnen den Zugang, die ihre Eltern nicht von einem Klinikbesuch überzeugen können: «In unserer Kultur ist es nicht üblich, dass unverheiratete Frauen zur Vorsorge gehen», sagt El-Borollossy. Deren Gesundheit werde normalerweise ausgeblendet, kritisiert auch Emam: «Manche Mädchen leiden jahrelang an Infektionen, weil ihre Eltern sie nicht zu Gynäkolog*innen bringen.» Die digitale Untersuchung ist niedrigschwelliger. Junge Frauen können, wenn nötig, ihre Kameras abschalten oder auch nur per Chat eine der drei Ärzt*innen konsultieren. Ausserdem wird die Klinik so auch für Frauen aus Ägyptens ländlichen Gegenden und aus den Nachbarländern zugänglich.

Doch den Mitarbeiter*innen von Motherbeing geht es nicht nur um Gesundheit, sondern auch um ein selbstbestimmtes Sexualleben. Darüber öffentlich aufzuklären, ist in Ägypten eine Herausforderung. «Konservative warfen uns vor, dass wir Mädchen zu sexueller

«Um eine positive Geburtserfahrung zu haben, muss man vorher aufgeklärt werden.»

Nour Emam

Freizügigkeit ermutigten», sagt Emam. Seit sie Ärzt*innen im Team hätte, sei es einfacher – die Arbeit stehe dadurch in einem medizinischen Kontext. Und sie haben sich angepasst: «Wir haben verstanden, dass wir mit einer behutsameren Wortwahl mehr Menschen erreichen können», sagt Emam. Zum Beispiel sprechen sie und ihre Kolleg*innen von der «Hochzeitsnacht» statt dem «ersten Mal», sagen «Ehemann» statt «Partner». «Dafür können wir jetzt offen über Sex und Intimität sprechen und darüber, dass Frauen ein Recht auf sexuelle Lust haben.»

Zusammenarbeit statt Spaltung

Wie gehen Menschen, die sich in Israel, Palästina und in der Schweiz für Frieden einsetzen, mit dem Massaker der Hamas und mit dem Krieg in Gaza um? Wir befragten vier Aktivist*innen, wie sie seither zusammenarbeiten und welche Hoffnung sie haben. Interviews von Manuela Reimann Graf

Wie erlebten zwei Vertreter*innen der Organisation Combatants for Peace, die sich in Israel und den besetzten Gebieten mit gewaltlosem Widerstand für eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts einsetzen, den 7. Oktober? Jamil Qassas ist der palästinensische Koordinator, Noa Harell die israelische Koordinatorin und Vorsitzende der Organisation.



© Combatants for Peace

AMNESTY: Wie haben Sie den 7. Oktober erlebt?

Jamil Qassas: Ich war bestürzt. Diese grauenvollen Nachrichten kamen völlig unerwartet. Zunächst hörte ich, dass die Mauern, die den Gazastreifen umgeben, mit Bulldozern durchbrochen wurden. Es fühlte sich unwirklich an. Anfangs hatte ich ein befreiendes Gefühl, als ich sah, dass die Leute aus dem

Gefängnis ausbrachen, das Gaza für sie bedeutet. Dann kamen die ersten furchtbaren Nachrichten. Ich verstand nicht, was da passierte. Immer mehr schreckliche Details wurden bekannt. Ich schaute die ganze Zeit fern und empfand so viel Schmerz darüber, was da passierte.



© Combatants for Peace

Noa Harell: Der 7. Oktober war auch für mich ein völliger Schock. Gefühle wie Angst, Verwirrung, Unglauben und blanker Horror dominierten die ersten Stunden, in denen ich die Berichte verfolgte. Diese Gefühle wichen der Wut und der Frustration, als die Stunden vergingen und keine militärische Hilfe in das Gebiet eilte, um die Nukhba-Einheiten (militärischer Arm der Hamas, Anm. der Redak-

tion) zu bekämpfen, die ungehindert israelische Bürger*innen auf dem Festival, in den Kibbuzim und den Ortschaften rund um den Gazastreifen massakrierten, folterten, vergewaltigten und entführten. Währenddessen mussten meine Familie und ich immer wieder in den Luftschutzkeller, was an sich schon eine beängstigende Situation war.

War es danach schwierig für Sie, mit Ihren Freund*innen und Kolleg*innen «der anderen Seite» in Kontakt zu treten?

Noa Harell: Ich hatte zu keinem Zeitpunkt das Bedürfnis, mich von meinen palästinensischen Freund*innen zu distanzieren. Aber ich brauchte ein paar Tage, um meine Gedanken zu sammeln. Meine erste Sorge galt den israelischen Opfern und ihren Angehörigen, von denen ich einige kannte. Ich verspürte das Bedürfnis, ihnen mein Mitgefühl zu zeigen. Als dieses Mitgefühl von vielen Menschen auf palästinensischer Seite nicht kam, war ich frustriert und verstand nicht, warum sie sich Zeit liessen, um sich mit uns zu solidarisieren. Die Komplexität zeigte sich erst später, nach einigen Wochen. Seitdem haben wir bei Combatants for Peace die schwierige Situation analysiert und versucht, sie zu überwinden. Wir arbeiten immer noch daran.

Jamil Qassas: Ich wusste zunächst nicht, wie ich mit meinen israelischen Freund*innen sprechen könnte, ich habe mich anfangs an niemanden gewandt. Zum ersten Mal war ich als Palästinenser nicht auf der Opferseite. Normalerweise sind es meine israelischen Kolleg*innen, die mich nach Vorfällen trösten. Später trafen wir uns via Zoom und führten ein langes Gespräch darüber, was geschehen war. Wir haben gemeinsam getrauert. Ich konnte spüren, dass die Empathie für die Gefühle der anderen echt war. Aber es bleibt emotional und psychisch eine schwierige Zeit.

Was hat sich seither in Ihrer Arbeit verändert?

Jamil Qassas: In den ersten Tagen waren viele von uns emotional überwältigt. In der Gesellschaft waren die Stimmen, die zu Hass und Rache aufriefen, sehr laut. Aber wir waren uns einig, dass wir unsere Arbeit nicht einstellen dürfen. Dass wir



Mit der NGO Combatants for Peace engagieren sich Menschen von beiden Konfliktparteien und riskieren dabei Ablehnung in der eigenen Gesellschaft.

zeigen müssen, dass es einen anderen Weg gibt. Wir dürfen die Hoffnung nicht verlieren und müssen unsere Angst gemeinsam bekämpfen.

Unsere Organisation sieht die ungleichen Machtverhältnisse zwischen Israelis und Palästinenser*innen: Es gibt Besitzer*innen und Besetzte. Wir versuchen nicht nur, über eine andere Realität zu sprechen, in der beide Parteien gleichberechtigt sind. Wir versuchen auch, dies vorzuleben und durch die Art und Weise zu verkörpern, wie wir miteinander umgehen und wie wir handeln.

«Aus unserer Erfahrung wissen wir, dass Gewalt nur noch mehr Gewalt erzeugt.

Es gibt keine militärische Lösung für diesen Konflikt.» Jamil Qassas

Noa Harell: Uns allen ist klar, dass wir unsere Arbeit zur Beendigung der Besatzung nun anpassen müssen. Wir müssen berücksichtigen, was die Angriffe der Hamas und die Tötung so vieler unschuldiger Menschen im Gazastreifen durch die israelische Armee bei beiden Seiten verändert. Eines unserer derzeitigen Ziele ist es, die internationale Gemeinschaft aufzufordern, in diesem Konflikt keine Partei zu ergreifen und Druck auf die politische Führung beider Seiten auszuüben, damit sie sich um eine politische Lösung des Konflikts bemühen.

Welche Perspektiven sehen Sie für die Lösung des Konflikts?
Wo haben Sie Hoffnung?

Jamil Qassas: Seit fast zwei Jahrzehnten kämpfen wir gegen die israelische Besatzung und alle anderen Formen von Gewalt.

Aus unserer Erfahrung wissen wir, dass Gewalt nur noch mehr Gewalt erzeugt. Es gibt keine militärische Lösung für diesen Konflikt. Vereinbarungen werden auf politischer Ebene getroffen. Wir haben keine detaillierte Lösung anzubieten, die definiert, was jede Seite bekommt oder nicht bekommt. Das haben nicht wir zu entscheiden. Was wir als unsere Aufgabe ansehen, ist, darauf hinzuwirken und darauf zu bestehen, dass jede Vereinbarung alle Betroffenen einschließen muss, sodass alle beteiligten Parteien zustimmen können.

Leider hat Israel seit dem Osloer Abkommen von 1993 alles in seiner Macht Stehende getan, um die Zweistaatenlösung zu verunmöglichen. Eine Lösung muss aber Sicherheit, Freiheit und Gleichheit für alle beinhalten.

Unsere Bewegung besteht seit fast 20 Jahren, hat viele Krisen und Herausforderungen durchgestanden und ist immer noch hier, um darüber zu sprechen. Das gibt mir Hoffnung.

Noa Harell: Das einzige Mittel zur Lösung des Konflikts ist ein politischer Prozess. Es scheint, dass wir gegen alle Widerstände arbeiten. Aber die Tatsache, dass immer mehr Menschen in unseren Gemeinschaften Hoffnung, Sicherheit und Frieden durch gewaltfreie Aktionen suchen, stimmt mich optimistisch.

Combatants for Peace ist eine israelisch-palästinensische NGO, die sich für gewaltfreie Aktionen gegen die israelische Besatzung und alle Formen der Gewalt in Israel und den palästinensischen Gebieten einsetzt. Die Bewegung wurde 2006 von ehemaligen israeli-

sche Soldat*innen, Militärdienstverweiger*innen und palästinensischen Widerstandskämpfer*innen gegründet. Combatants for Peace wurde 2017 und 2018 für den Friedensnobelpreis nominiert. cfpeace.org/

Wie gehen jüdische und palästinensische Menschen in der Schweiz, die sich für einen gerechten Frieden engagieren, mit der Lage in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten um? Shelley Berlowitz, die im Verein Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina (jvjp) aktiv ist, erzählt von den Tagen nach dem Angriff der Hamas – und von ihrer Enttäuschung über die israelische Regierung.



© Sabine Rock

Shelley Berlowitz, Sie haben in Israel gelebt, haben dort Familie und Freund*innen. Wie haben Sie den 7. Oktober erlebt?

Ich war fassungslos über die Brutalität des Angriffs. Gleichzeitig war ich unglaublich wütend auf die israelische Regierung, die ihre grundlegende Aufgabe – nämlich die Bürger*innen im Land zu schützen – nicht wahrgenommen hat. Ich habe Verwandte in Israel, die gegenwärtig Militärdienst leisten. Ich habe grosse Angst – dass ihnen etwas passiert, aber auch vor dem, was sie vielleicht gerade tun.

Sie haben auch palästinensische Freund*innen. Gab es einen Moment, in dem Sie sich emotional entsolidarisiert haben?

Nein. Es ist mir zwar bewusst, dass die Hamas in der palästinensischen Gesellschaft nun einen Widerhall findet. Ich habe jedoch nie daran gezweifelt, dass die grosse Mehrheit der Palästinenser*innen und vor allem meine Freund*innen solche Taten nicht gutheissen. Die Gespräche mit ihnen drehen sich momentan vielmehr darüber, wie es ihnen geht und wie sie den Alltag bewältigen.

Haben sich die Gespräche mit Ihrer Familie in Israel geändert? Bestimmt sind nicht alle begeistert von Ihrer Haltung.

Es war schon immer schwierig, mit meiner rechtsgerichteten Verwandtschaft über den Konflikt zu sprechen. Mit meiner Cousine, die zwei Söhne und drei Schwiegersöhne im Militär hat und die in einer Siedlung lebt, rede ich nicht darüber – es ist zu schwierig. Mit einer älteren Verwandten, die in den 80er-Jahren einen Sohn bei einem Attentat verloren hat, konnte ich auch nicht darüber sprechen. Hier hat sich aber offenbar etwas bewegt; sie hat die Regierung bisher unterstützt, doch langsam scheint sie zu realisieren, was diese angerichtet hat.

Wie sind die Gespräche in Ihrem jüdischen Umfeld in der Schweiz?

Ich nehme eine verschärfte Sorge wahr, das Gefühl, dass es so nicht weitergeht. Vor allem je länger diese masslosen Angriffe auf Gaza andauern.

Wachsende antiislamische Haltungen erlebe ich in meinem Umfeld weniger. Aber es gibt Leute, die sich in ihrer Meinung

bekräftigt sehen, dass man Palästinenser*innen nicht trauen kann und alle Israel zerstören wollen. Diese Verallgemeinerung scheint für einige in Ordnung zu sein, aber umgekehrt würden sie nie «alle Israelis» in einen Topf werfen.

Der Krieg dauert jetzt schon mehrere Monate. Wie fühlen Sie sich?

Meine Wut ist nach wie vor riesig. Die Regierung nimmt keinerlei Rücksicht auf die Zivilbevölkerung in Gaza, nimmt Hunger, Krankheiten und Tod in Kauf. Und gleichzeitig bringt sie die gesamte israelische Bevölkerung in Gefahr.

Ich verstehe, dass Israel etwas gegen die Hamas unternehmen muss. Doch wenn die Regierung verhindern will, dass so etwas je wieder passiert, dann ist sie auf dem Irrweg. Man kann eine Ideologie nicht mit Waffen töten. Die Bedingungen müssen so verändert werden, dass Hamas keine attraktive Option ist. Israel tut aber schon lange das Gegenteil.

Wo sehen Sie Hoffnung?

Alle Menschen, die für eine Verständigung arbeiten und längst Gegenkonzepte entwickelt haben, müssten nun zusammenkommen und eine Art Gegen-Institution jenseits der israelischen Regierung, jenseits der palästinensischen Autonomiebehörde PNA und der Hamas bilden. In diesem Kriegszustand ist das aber illusorisch. Ich habe wenig Hoffnung, dass in Israel eine Regierung an die Macht kommt, die zu einer gerechten Lösung Hand bietet. Vielleicht setzt sich in der Öffentlichkeit die Erkenntnis durch, dass die bisherige Politik eine Sackgasse ist wie auch die Idee, man könne die Palästinenser*innen durch Abkommen mit den arabischen Staaten austricksen.

Es muss anerkannt werden, dass die Wurzel des Problems darin liegt, dass die eine Seite nationale Rechte hat und ein normales Leben führen kann, während der anderen Seite weder Entwicklung noch Bildung noch Bewegungsfreiheit, geschweige denn ein Staat gewährt wird. Bevor wir von Frieden sprechen können, müssten Bedingungen geschaffen werden, die den Palästinenser*innen das Leben erleichtern und ihnen Würde und Rechte zugestehen.

Der Krieg und die Gewalt erschüttern auch die palästinensisch-schweizerische Friedensaktivistin Shirine Dajani zutiefst. Frieden sei nur möglich, wenn die Palästinenser*innen Freiheit und ihre vollen Rechte erlangte.

Shirine Dajani, wie haben Sie den 7. Oktober und die Tage danach erlebt?

Ich war und bin weiterhin sehr betroffen von dieser unsäglichen Gewalt. Ich habe viele jüdische und israelische Freund*innen und trauere mit ihnen um die Opfer des Hamas-Angriffs. Ich hatte auch Angst davor, wie die israelische Regierung darauf reagieren würde und dass die Gewalt weiter eskalieren könnte. Was leider auch geschehen ist.

Wie hat damals ihre Familie reagiert?

Die Dajanis lebten seit Jahrhunderten friedlich mit der jüdischen Bevölkerung im historischen Palästina, bis sie 1948 vertrieben wurden. Meine Familie hat zwar viel Gewalt erlebt, aber Gewalt immer abgelehnt. Natürlich war die Angst um die über zwei Millionen Menschen im Gazastreifen riesig. Ich habe in Gaza Familienangehörige und Freund*innen. So lebt dort meine Patentochter, deren Kind nach mir benannt wurde. Die kleine

«Viel wichtiger finde ich, dass ich jüdische Menschen kennengelernt habe, die das Gespräch suchen. So entstehen Treffen, in denen wir in einem geschützten Raum reden können.

Das ist für mich sehr heilsam.» Shirine Dajani

Shirine wurde von einer israelischen Phosphorbombe schwer verletzt und ist dann unter Qualen gestorben. Das ist so furchtbar, ich finde keine Worte, um diesen Schmerz zu beschreiben. Shirine ist nur eines von Tausenden getöteten Kindern. Die Hälfte der Bevölkerung in Gaza sind Kinder. Dass die internationale Gemeinschaft dies zugelassen hat, tut unglaublich weh. Es wäre ungerecht, in dieser Situation von den Angehörigen in Gaza Mitgefühl für die andere Seite zu erwarten. Aber genau das wird verlangt.

Haben sich jüdische Menschen in der Schweiz von Ihnen distanziert?

Natürlich gibt es hin und wieder Kritik von verschiedenen Seiten, aber das ist nichts Neues. Viel wichtiger finde ich, dass ich jüdische Menschen kennengelernt habe, die das Gespräch suchen. So entstehen Treffen, in denen wir in einem geschützten Raum reden können. Das ist für mich sehr heilsam.



© z/vg

Wie geht ihr in diesen Gesprächen aufeinander zu? Es gibt ja auf beiden Seiten viele Wunden.

Es sind zunächst emotionale Annäherungen – von Mensch zu Mensch. Wir sind uns einig, dass die Politik der Hamas und der gegenwärtigen israelischen Regierung jede Chance auf Frieden beeinträchtigt. Es gibt viele heikle Punkte, die wir offen diskutieren.

Warum ist beispielsweise das Recht auf einen eigenen Staat umstritten, wenn es um die Palästinenser*innen geht, während dieses Recht für die Israelis als selbstverständlich akzeptiert wird?

Wie geht es Ihnen jetzt, da die Angriffe auf Gaza schon so viele Tote forderten?

Ich empfinde tiefe Traurigkeit, Wut. Und Verzweiflung. Die Palästinenser*innen leben seit Jahrzehnten unter brutaler militärischer Besatzung. Da macht es mich stolz zu sehen, wie die palästinensische Gesellschaft zusammenhält und immer wieder Wege zum Überleben findet.

Auf der anderen Seite bin ich sehr dankbar für die mutigen Menschen in Israel, die gegen die Regierung demonstrieren

und sich für Frieden einsetzen – das ist auch in Israel nicht ungefährlich.

Am 26. Januar hat das höchste Rechtsorgan der Vereinten Nationen, der Internationale Gerichtshof, die Lage in Gaza als katastrophal anerkannt und die israelische Regierung angewiesen, weitere völkermörderische Gewalt zu verhindern. Dieser historische Moment gibt mir Hoffnung, dass sich die Situation ändern könnte.

Welche Perspektiven sehen Sie für einen Frieden?

Ich bin zutiefst besorgt. Neben all den bisherigen Zerstörungen lässt die aktuelle israelische Regierung die Bevölkerung von Gaza nun hungern. Und die Welt schaut einfach zu. Wir brauchen ein sofortiges Eingreifen der internationalen Gemeinschaft. Und danach? Ohne Gerechtigkeit und Freiheit für die Palästinenser*innen kann es keinen Frieden geben. Sie haben das Recht, genauso leben zu dürfen wie jeder andere Mensch auf der Welt. |



Grüne Hölle

An der Grenze zwischen Belarus und Polen: Durch die Lukaschenko-Regierung angelockte Geflüchtete versuchen in die EU zu gelangen. Der Film «Green Border» macht deutlich, wie brutal mit den Asylsuchenden umgegangen wird. Von Ulla Bein

Nur wenige Sekunden schimmert der Wald, den wir zu Beginn des Films sehen, in hellem Grün. Dann wird dem Bild ein Grossteil des Lichts entzogen, im Film herrschen nun düstere Farben vor – passend zu der harten Realität der Geschichte.

Der Film der 75-jährigen polnischen Regisseurin Agnieszka Holland fängt in diesem sumpfigen Waldgebiet an der Grenze von Belarus und Polen an, über das im Herbst 2021 zahlreiche Menschen auf der Flucht, in die EU zu gelangen versuchten. Viele von ihnen bezahlten dies mit dem Leben.

Szenenwechsel: In einem Flugzeug tauscht sich eine gutsituierte syrische Familie mit der afghanischen Sitznachbarin aus. Alle sind erleichtert, dass sich für sie eine Fluchtroute aufgetan hat, die sie sicher an ihr Ziel in Schweden bringen soll. Ein Taxi nimmt die Geflüchteten am Flughafen von Minsk in Empfang. Doch statt nach Schweden werden sie zu diesem Waldstück an der Grenze zu Polen gebracht, wo sie von Soldaten mit vorgehaltenen Waffen unter einem Stacheldraht hindurch ins Nachbarland getrieben werden. Umgehend werden sie

jedoch wieder von Polen nach Belarus zurückgejagt – das brutale Spiel beginnt von vorne.

Was die Geflüchteten, die wir im Film kennenlernen, an Einschüchterung, Demütigungen, Gewalt und illegalen Pushbacks erleben müssen, ist nur schwer anzusehen. Bevor die mit filmischer Wucht gezeigte Härte der Schicksale aber unerträglich wird, wechselt die Szene: Wir sehen die Schulung polnischer Grenzwächter, deren Perspektive im Film ebenfalls Raum erhält. Sie sind gefangen in ihrer Rolle als brutale Handlanger der Regierung, die wenig Raum für Menschlichkeit lässt. Dieser Abschnitt des Films wirkt etwas gesucht. Doch bald sind wir wieder bei den Geflüchteten, die die Hoffnung aufgegeben haben, auf dem ursprünglich geplanten (und bezahlten) Weg weiterreisen zu können. Die Route über Belarus, die sie für ein Geschenk Gottes hielten, hat sich längst als Hölle erwiesen.

Es gibt aber auch Platz für Momente von Zartheit und Wärme: so, als eine Gruppe meist junger Aktivist*innen sich der mittlerweile angewachsenen Gruppe von Migrant*innen annimmt und ver-

sucht, deren Überleben zu sichern. Doch aus dem Niemandsland herausführen können sie sie nicht, denn damit würden weitere Hilfseinsätze gefährdet. Diese Situation ist auch für die Helfer*innen schwer zu ertragen.

Die letzte Einstellung des Films führt in eine spätere Zeit, an eine andere polnische Grenze, wo ukrainische Geflüchtete menschlicher, sogar herzlich empfangen werden. Dieser so unterschiedliche Umgang mit Menschen, die je nach Herkunft willkommen geheissen oder zurückgewiesen, ja zurückgeprügelt werden, hinterlässt eine von der Regisseurin bewusst provozierte Irritation.

Das vielfältige Lebenswerk der Regisseurin reicht von engagierten Filmen über den Holocaust und den Zweiten Weltkrieg bis zu reinen Unterhaltungsfilmen. In «Green Border» gibt Holland einmal mehr denjenigen eine Stimme, die keine Stimme haben – und wurde dafür in Polen von rechter Seite massiv angefeindet. Umso wichtiger ist es, dass diese europäische Koproduktion mehrere Preise gewonnen hat – und dass wir uns den Film anschauen.



Green Border
von Agnieszka Holland
Polen 2023
Verleih: trigon-film
Ab 22. Februar in den Kinos



Muss man schlucken

Die Geschichte des Kaffees war immer auch eine Geschichte von Zwangsarbeit und Armut. Das Buch «Kaffee – eine Geschichte von Genuss und Gewalt» schaut tief in die Abgründe der Kaffeeproduktion, zeigt aber auch Alternativen auf.

Von Tobias Oellig

Erstmal einen Kaffee! Für viele Mittel-europäer*innen beginnt der Tag mit einem heissen Schluck, im Laufe des Tages werden dann gern weitere zwei oder drei Tassen getrunken. Kaffee gehört zum Leben vieler, ist mal Entspannungsmoment, mal Treibstoff für den Alltag. Dabei ist die Geschichte des Kaffees ungefähr so düster wie seine Farbe: Er war (und ist im Grunde noch immer) eine Kolonialware, Menschen wurden für Kaffee versklavt und massakriert, es wurden Verbrechen an der Umwelt begangen, und bis heute ist seine Produktion mit Ausbeutung und Elend verbunden. Auf vielen Plantagen gilt noch immer, was man in Lateinamerika sagt: Kaffee wird auf Armut angebaut.

Mit ihrem Buch beleuchten der Journalist Toni Keppeler, die Klima- und Umweltwissenschaftlerin Laura Nadolski und die Journalistin und Kaffeesommelière Cecibel Romero systematisch diese Schattenseiten der beliebten Alltagsdroge.

Die Autor*innen erklären auf rund 250 Seiten, wie der Kaffee von der Plantage bis in die Tasse kommt und wie dabei

die Natur zerstört wird. Wie die Produktion der Bohnen zum Klimawandel beigetragen hat und warum sie nun von ihm

bedroht wird. Und wie der Kaffee seinen Weg um die Welt fand: von seinen Anfängen als wilder Waldkaffee in Äthiopien über die arabische Welt nach Asien und über den Atlantik nach Lateinamerika, der heute wichtigsten Anbauregion. Auch über die Kunst der Zubereitung erfährt man einiges.

Das Buch bietet Einblicke in unbekannt und überraschende Zusammenhänge: Man erfährt, wie Kapitalismus und Kaffeekonsum Hand in Hand gehen, warum Kriege löslichen Kaffee zum Massenprodukt machten und wieso heute wenige Konzerne den Weltmarkt beherrschen. Die Autor*innen schildern, in welcher Weise in Zentralamerika die indigene Bevölkerung ihres Landes geraubt wurde und dass in Guatemala und

Nicaragua deutsche Einwander*innen davon profitierten.

Während der Lektüre faltet sich ein geschichtliches Panorama des Grauens auf. Die sich aufdrängende Frage, ob man überhaupt noch guten Gewissens Kaffee geniessen kann, beantworten die Autor*innen am Ende aber doch entschieden: Man kann. Keppeler, Nadolski und Romero wollen die Auseinandersetzung mit den problematischen Aspekten anregen und plädieren für einen bewuss-

Auf vielen Plantagen gilt noch immer, was man in Lateinamerika sagt: Kaffee wird auf Armut angebaut.

teren Konsum. Sehr genau hinschauen sollte man etwa beim Bohnenkauf. Zum Abschluss servieren sie deshalb einen 5-Punkte-Leitfaden, der dabei hilft, möglichst sozial- und umweltverträglich weiterzutrinken. |



**Toni Keppeler,
Laura Nadolski,
Cecibel Romero**
**Kaffee – Eine Geschichte
von Genuss und Gewalt**
Rotpunktverlag,
Zürich 2023
272 Seiten

GEFÜHRT UND DOCH SELBSTBESTIMMT



© André Gottschalk

Chantal Cavin ist ehemalige Weltrekordhalterin und mehrfache Weltmeisterin im paralympischen Schwimmen und hat dreimal an den Paralympischen Spielen teilgenommen. Seit ihrem Rücktritt aus dem Schwimmsport läuft sie Triathlon und Marathon; sie war die erste blinde Frau, die einen Ironman absolvierte. Cavin ist Botschafterin für PluSport, den Schweizer Dachverband für Behindertensport.

Sport ist seit Kindesalter meine Leidenschaft. Ich liebe es, mich zu bewegen, und trainiere, bis ich mit mir zufrieden bin. Ob gemütlich in der Natur zu joggen oder auch mal an einem Wettkampf richtig ans Limit zu gehen – beides möchte ich nicht missen.

Das geht sicher vielen Sportler*innen so. Der Unterschied ist: Ich bin blind und beim Sport auf Unterstützung angewiesen. Hier helfen mir meine Guides. Sie schauen, dass ich auf dem Weg bleibe, informieren mich über Hindernisse und Bodenbeschaffenheit, und wir passen gemeinsam unseren Laufrhythmus an. Einzelsport wird zum Teamsport.

Die Laufwettkämpfe bestreite ich mit Sportler*innen ohne Behinderungen, also mitten in der Läufergemeinschaft, und werde bewertet wie Läufer*innen ohne Behinderung. Ich freue mich immer darüber, willkommen zu sein und mich mit anderen zu messen. Denn nicht immer klappt es, dass ich mitmachen darf. So gab es einmal einen Wettkampf, an welchem ich teilnehmen wollte und zu welchem ich auch das Okay erhielt. Allerdings durfte ich dann vor Ort doch nicht starten. Die Begründung lautete: Ein Guide sei eine unzulässige Hilfe. Mein Frust war riesig. Trotz vorheriger Teilnahmezusage und trotz guter Vorbereitung auf den Lauf war meine Reise nach Frankreich umsonst. Das Gefühl damals, als die Athlet*innen starteten und mein Guide und ich im Startgelände zurückblieben, werde ich nie mehr vergessen.

Wie können wir Sport inklusiv oder integrativ machen? Je nach Behinderung kommen nebst der Entscheidung der Veranstaltenden, den Schiedsrichter*innen und den regulatorischen Hürden ja noch weitere Hindernisse beispielsweise bei der Zugänglichkeit dazu. Schön wäre es, wenn wir hier Lösungen für alle fänden. Denn Barrierefreiheit und Inklusion beginnen zwar in unseren Köpfen, Gesetze für mehr Gleichstellung können hier aber unterstützend wirken.

Meine grössten Erfolge feierte ich im Schwimmsport. Ich war 20 Jahre im Para-Schwimmen aktiv, war an Europa- und Weltmeisterschaften und an den Paralympics – also im separativen Sport für Menschen mit Behinderungen. Ich durfte nebst den separativen Wettkämpfen aber auch integrativen und inklusiven Sport erleben. Ich finde, alle drei Wege sollten gleich offen sein, jede Sportlerin und jeder Sportler mit Behinderung sollte selbst entscheiden können. Das entscheidende Wort hier ist: selbstbestimmt. |

**BARRIEREFREIHEIT UND INKLUSION BEGINNEN
ZWAR IN UNSEREN KÖPFEN – GESETZE FÜR
MEHR GLEICHSTELLUNG KÖNNEN HIER ABER
UNTERSTÜTZEND WIRKEN.**

AMNESTY-BOUTIQUE

Unsere Produkte werden nachhaltig,
ethisch und ökologisch korrekt hergestellt.

**WEITERE NACHHALTIGE UND FAIRE PRODUKTE
AUF SHOP.AMNESTY.CH**

GESELLSCHAFTSSPIEL «COURAGE»



Strategiespiel mit 8 Missionen, 32 Menschenrechtsverteidiger*innen und 200 kreativen Aufgaben. Für 3 bis 6 Spieler*innen ab 10 Jahren. Deutsch oder Französisch.

Deutsch: Art. 2500.007.D / Fr. 69.90

Französisch: Art. 2500.007.F / Fr. 69.90

KUGELSCHREIBER CARAN D'ACHE

Der zeitlose Klassiker im Schweizer Design in neuen Farben.
Er liegt angenehm in der Hand und ist nachfüllbar. In der Schweiz hergestellt.



Im Etui mit Druckbleistift (0,7 mm), dunkelgrau, weisses Logo auf der linken Seite.

Art. 2420.027 / Fr. 52.–

Solo, metallgelb mit schwarzem Logo auf der linken Seite.

Art. 2420.026 / Fr. 30.–



ESPRESSO-TASSEN

Aus weiss emailliertem Steingut. Rand und Amnesty-Kerze in Schwarz. Höhe 7,5 cm, Inhalt 10 cl. 3er-Schachtel. Herkunft: Polen.



Art. 2300.046 / Fr. 30.–

GELBE SIGG-FLASCHE

Klassische Sigg-Flasche aus Aluminium (0,6 Liter). Gelbe Lackierung mit Logo.

Art. 2300.021.G / Fr. 25.–

Andere Farben unter shop.amnesty.ch erhältlich.



ICH BESTELLE FOLGENDE ARTIKEL

Anzahl	Artikelbezeichnung	Grösse	Art.-Nr.	Preis

Name: _____ Strasse: _____

Ort: _____ E-Mail: _____

Tel.: _____ Unterschrift: _____

Mitglieder-/Kund*innen-Nummer: _____

Bestellungen an:
Amnesty International,
Postfach, 3001 Bern
oder auf
shop.amnesty.ch

RECHT AUF PROTEST IN DER SCHWEIZ DEMONSTRATIONSFREIHEIT IN GEFAHR

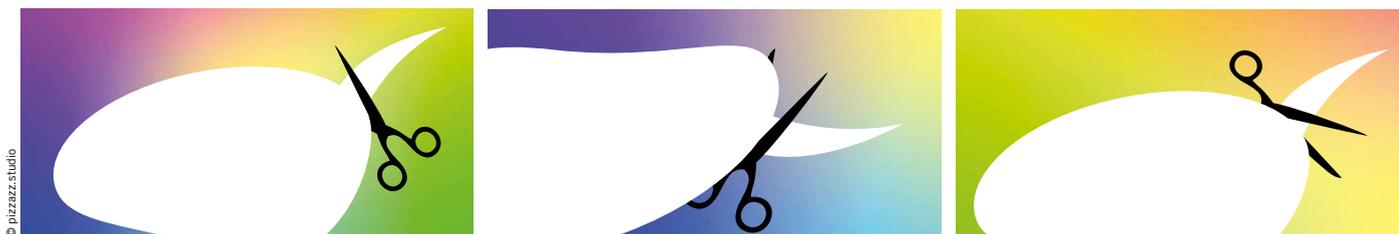
Generelle Verbote von Kundgebungen in Schweizer Städten sowie die SVP-Initiativen gegen die Demonstrationsfreiheit in Zürich und Basel zeigen, dass das Recht auf Protest auch in der Schweiz bedroht ist. Unterstützen Sie unseren Appell und die Kampagne für die Demonstrationsfreiheit.

Im Herbst 2023 erliessen die Behörden in den Städten Basel, Bern und Zürich pauschale Demonstrationsverbote, die teilweise für mehrere Wochen galten. Auch Amnesty Schweiz war als Unterstützerin einer Kundgebung für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina direkt davon betroffen. Generelle Demonstrationsverbote waren vor Kurzem noch undenkbar in der Schweiz – und sie verdeutlichen, wie wichtig unsere Kampagne «Protect the Protest» auch hierzulande ist.

Es kommt noch schlimmer: Die SVP hat in den Kantonen Zürich und Basel-Stadt Volksinitiativen lanciert, welche die Demonstrations-

freiheit massiv einschränken wollen. Im Kanton Zürich wird am 3. März 2024 über die SVP-Initiative «Durchsetzung von Recht und Ordnung» und einen Gegenvorschlag des Kantons abgestimmt. Amnesty lehnt beide Vorlagen ab, denn sie bedrohen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die im Völkerrecht und in der Bundesverfassung garantiert sind.

Auf diese besorgniserregenden Entwicklungen reagierten wir mit einem nationalen «Appell für die Demonstrationsfreiheit», der von rund 30 Persönlichkeiten als Erstunterzeichnenden unterstützt wurde. Zudem engagieren wir uns im Kanton Zürich gegen die SVP-Initiative,



© pizraaz.studio

damit möglichst viele Stimmberechtigte die gefährlichen Vorlagen in der Abstimmung am 3. März ablehnen. Denn friedlich demonstrieren ist ein grundlegendes Menschenrecht!

Patrick Walder, Kampagnen

UNTERSCHREIBEN SIE DEN «APPELL FÜR DIE DEMONSTRATIONSFREIHEIT» UND VERBREITEN SIE IHN WEITER.



2x Nein im Kanton Zürich

Stimmen Sie Nein zur SVP-Initiative und zum Gegenvorschlag in der Abstimmung vom 3. März im Kanton Zürich.

Mehr Informationen: amnesty.ch/demonstrationsfreiheit



© Hector Fariás

AKTIONSTAG FÜR EINEN WAFFENSTILLSTAND

Am 18. Dezember versammelten sich Menschen auf der ganzen Welt, um einen dauerhaften Waffenstillstand in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten zu fordern. In Zürich nahmen an diesem *Global Day of Action* rund 40 Aktivist*innen teil und forderten eine sofortige Einstellung der Gewalt. Die Politologin und Menschenrechtsaktivistin

Elham Manea erinnerte in ihrer Rede daran, dass Krieg keine Lösung ist – weder um die Sicherheit Israels zu gewährleisten noch um einen unabhängigen palästinensischen Staat zu erreichen. Eine Petition fordert ebenfalls einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand – sie wurde weltweit von mehr als 3,5 Millionen Menschen unterzeichnet.

INKLUSIONS-INITIATIVE GEMEINSAM FÜR ECHE GLEICHSTELLUNG!

Die Unterschriftensammlung für die Inklusionsinitiative geht in die Endphase: Es ist höchste Zeit, dass die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in unserem Land umgesetzt wird.

Das Jahr 2024 soll endlich Fortschritte bei der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen bringen. Nicht nur sind es zehn Jahre, seit die Schweiz die Uno-Behindertenrechtskonvention ratifiziert hat, dieses Jahr findet auch die Teilrevision des Bundesgesetzes über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG) statt, das 2004 in Kraft trat. Bis heute beschränken allerdings noch viele Hindernisse die Rechte und Freiheiten der Betroffenen.

Um die Gleichstellung endlich vorwärtszubringen, wurde die Inklusions-Initiative lanciert, für die ebenfalls in diesem Jahr die 100000 Unterschriften zusammenkommen müssen.

- Helfen Sie uns, die noch fehlenden 20000 Unterschriften für die Inklusions-Initiative zu sammeln – in Ihrem privaten Umfeld und an **den nationalen Sammeltagen vom 9. März und 5. Mai**.
- Unterstützen Sie uns bei der Sensibilisierung der Öffentlichkeit und **teilen Sie in den sozialen Medien** die Aussagen betroffener Personen.

- Nehmen Sie am **25. Mai an unserer Generalversammlung** teil, an welcher das Thema im Fokus steht.

Informationen und Unterschriftenbogen zum Download finden Sie unter amnesty.ch/inklusions-initiative.



NÄCHSTE AKTIONEN UND MITMACHMÖGLICHKEITEN:

8. MÄRZ

GLEICHBERECHTIGUNG UND SELBSTBESTIMMUNG FÜR FRAUEN MIT BEHINDERUNGEN!

Zugang zur Arbeit, zur Gesundheit, zu Schutz vor Gewalt... In all diesen und vielen anderen Bereichen erfahren Frauen mit Behinderungen eine doppelte Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts und ihrer Behinderung. Anlässlich des Internationalen Tages der Frauenrechte wollen wir gemeinsam mit ihnen gegen diese Mehrfachdiskriminierung kämpfen, indem wir Unterschriften für die Inklusions-Initiative sammeln!

9. MÄRZ

DRITTER NATIONALER SAMMELTAG

Es liegt noch ein Stück Weg vor uns, bis wir sicher genügend Unterschriften für die Einreichung der Initiative zusammenhaben. Deshalb findet am 9. März ein weiterer nationaler Sammeltag statt. Suchen Sie nach Veranstaltungen in Ihrer Region und unterstützen Sie uns mit möglichst vielen Unterschriften.

www.inklusions-initiative.ch/agenda

Wir befinden uns jetzt in der Schlussphase der Unterschriftensammlung für die Inklusions-Initiative. Machen Sie mit!



© Amnesty Schweiz



GENERALVERSAMMLUNG 2024 VON AMNESTY SCHWEIZ

Wir freuen uns, unsere Mitglieder zur Generalversammlung (GV) der Schweizer Sektion von Amnesty International einzuladen am

**SAMSTAG, 25. MAI 2024
IM KONGRESSHAUS IN BIEL
VON 10 UHR BIS 18 UHR**

Der Vormittag wird dem statutarischen Teil gewidmet sein, mit Berichten über unsere Arbeit und der Vorstellung und Wahl der Kandidat*innen für unsere Gremien.

ALLE MENSCHEN SIND GLEICH AN WÜRDE UND RECHTEN GEBOREN

Am Nachmittag werden wir uns mit Gleichstellung und Diskriminierungsschutz in der Schweiz beschäftigen:

Podiumsdiskussion zur Gleichstellung und Inklusion

Die Rechte von Menschen mit Behinderungen sind Menschenrechte, die in der Schweiz ungenügend gewährleistet sind. Verschiedene Personen, die direkt von diesem Versäumnis betroffen sind, berichten über ihre Erfahrungen und über die Forderungen der Inklusions-Initiative. Amnesty International engagiert sich dafür, dass ihre Gleichstellung endlich verwirklicht wird.

Workshops zu weiteren Themen der «Anti-Diskriminierung» sowie zu unseren laufenden Kampagnen.

Der Tag wird mit einer gemeinsamen Aktion für die Inklusions-Initiative abgerundet.

Wir freuen uns riesig darauf, diese Zeit mit Ihnen zu verbringen und uns gemeinsam über unsere Bewegung auszutauschen!

Das Youth Meeting findet am Tag davor, am Freitag, 24. Mai, in Biel statt.

Anmeldungen Anfang März, Informationen unter www.amnesty.ch/gv

Motionen und Postulate können bis zum 30. März 2024 eingereicht werden.